

urnhalle.
bei Inbiefel,
Niermannschen
Uhr bei Wirt
8 1/2 Uhr bei
Uhr bei Wirt
nds 7 Uhr bei
iemeier, Stiff-
9 Uhr beim
i Tage.
Uhr bei Wirt
8 1/2 Uhr bei
nds 7 Uhr bei
Uhr bei Karl
8 1/2 Uhr im
rt Mohrmann,
r bei Gastwirt
innerchor.
r im Schaum.
währte
ung bei:
chfall,
rhöe,
h, etc.
oor
no Vollendung.
e Haltbarkeit.
Aussere sind
vereinigt.
urg a. H.
2374
kwede.
nkasse
ford.
os 9 Uhr,
mmilung.
ähe.
f 12.
nte, 1. Dorf.
ndere Einladuna
[3357]
uch.
en
gliebsnummer
tor, Mindener-
u. Umg.
buch
beiter.
Pfg.
Schulstr. 20.
bus
ktrakt
zt
ser
dere
rzmittel

Abonnementspreis
für Bielefeld und Umgegend, so-
wie bei sämtlichen Agenturen frei
ins Haus gebracht 60 Pfg. monat-
lich. Durch die Post bezogen
1,80 M. vierteljährlich inklusive
Postgebühren.
Einzelnnummer 10 Pfg.

Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonn- und
Feiertage täglich nachmittags.

Fernsprech-Anschluß Nr. 35.

Volkswacht

Organ der Sozialdemokratie

für das östliche Westfalen und die lippischen Fürstentümer.

Buchhandlung, Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße Nr. 20.

Nr. 143.

Bielefeld, Mittwoch, 23. Juni 1909.

20. Jahrg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Die landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen und die „Facharbeiter“.

(Auch ein Beitrag für die „Reichsversicherungsordnung“.)

Dem alten Grundsatze, den Arbeitern der Landwirtschaft eine Ausnahmestellung zu geben und sie in einen minderen Rechts-
zustand zu versetzen als die gewerblichen Arbeiter, sind Re-
gierung und herrschende Parteien auch in der Unfall-
versicherungsgebarung treu geblieben. Die nach dem Bau-
und dem Gewerbeunfallversicherungsgeetze versicherten gewerb-
lichen Arbeiter erhalten bei Rentenfestsetzungen ihren eigenen
vollen Jahresarbeitsverdienst angerechnet, sofern dieser sich
über den dreihundertfachen Betrag des für ihren Beschäftigungs-
ort festgestellten ortsüblichen Tagelohns (durchschnittlichen
Jahresarbeitsverdienst) erhebt (Individuallohn-Rentenberech-
nung). § 10 Gewerbeunfall-Versicherungsgezet. Die landwirt-
schaftlichen bzw. land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter jedoch
müssen sich damit begnügen, daß ihre Renten festgestellt werden
lediglich nach dem durch die höhere Verwaltungsbehörde für
diesen Rechnungszweck festgestellten durchschnittlichen Jahres-
arbeitsverdienst (Durchschnittslohn-Rentenberechnung), § 10
Landunfall-Versicherungsgezet. Diese Bestimmung ist eine der
größten Ungerechtigkeiten, ja die größte überhaupt, die das
„Unfallversicherungsgezet für Land- und Forstwirtschaft“ vom
30. Juni 1900“ enthält. Die für die Land- und Forstwirtschaft
ermittelten Jahresdurchschnittslöhne stehen schon an sich tiefer,
mitunter beträchtlich tiefer als der nach den ortsüblichen Tage-
löhnen für die gewerbliche Arbeiter normierte Durchschnitts-
Jahresarbeitsverdienst, mitunter um 20 Prozent, wie das zum
Beispiel im Landkreise Erfurt der Fall ist; dort betragen diese
Sätze für gewerbliche Arbeiter 600 Mark, für land- und forst-
wirtschaftliche Arbeiter aber nur 480 Mark. Dazu kommt also
noch, daß der unter dem Durchschnitt verdientende gewerb-
liche Arbeiter, wenigstens den Durchschnitt angerechnet erhält,
während dem über dem Durchschnitt stehenden landwirtschaft-
lichen Arbeiter nur dieser Durchschnitt angerechnet wird.

Das hier angezogene Beispiel „Landkreis Erfurt“ stellt die
Ungerechtigkeit im hellsten Lichte dar. Ein gewerblicher (nach
dem Gewerbeunfall-Versicherungsgezet versicherter) Arbeiter,
dessen Jahresarbeitsverdienst, sagen wir, 480 Mark beträgt,
würde Anspruch erlangen auf eine Rente von 480 Mark.
Ein landwirtschaftlicher (nach dem Landunfall-Versicherungs-
gezet versicherter) Arbeiter aber, der, sagen wir, 600 Mark ver-
diene hätte, würde nur auf 320 Mark Rente Anspruch er-
heben können. — Ein andres, weniger kraßes Beispiel. In
Loburg (Regierungsbezirk Magdeburg) stehen die hier in Frage
kommenden Berechnungssätze, zufällig gleichwohl, sie betragen so-
wohl für die gewerblichen wie auch für die landwirtschaftlichen
Arbeiter 450 Mark. Andererseits stehen die wirklichen Löhne
von Großknechten (Naturalienwerte zugerechnet) etwa auf der
Höhe eines Fabrikarbeiters. Ein Fabrikarbeiter, der 600
Mark verdient, wird hier, weil sein Individuallohn zugrunde
gelegt wird, eine Rente von 400 Mark erhalten; der Groß-
knecht, der ebenfalls 600 Mark verdient, bekommt aber, da
lediglich jener Durchschnitts-Jahresarbeitsverdienst von 450
Mark herangezogen wird, nur 300 Mark Rente.

In unserm Falle, „Landkreis Erfurt“, liegt eine Benach-
teiligung des landwirtschaftlichen Arbeiters um 20, im Falle
„Loburg“ gar eine solche um 25 Prozent vor!

Schon im alten Landunfallversicherungsgezet
von 1886 war der Gesetzgeber genötigt, dieses Ausnahmerecht
wieder zu durchbrechen. Es ging nicht an, die landwirtschaft-
lichen Betriebsbeamten ebenfalls jener Durchschnittslohnberech-
nung zu unterwerfen; dazu erhoben sich deren Löhne bzw.
Gehälter doch etwas gar zu sehr über diesen Durchschnitt. So legte
man für die Betriebsbeamten also schon 1886 ebenfalls die
Individuallohn-Berechnung fest. Und bei Neuerrichtung der
Materie im Jahre 1900 wurde man gezwungen, den Betriebs-
beamten noch eine andere Kategorie, die sogenannten „Fach-
arbeiter“, hinzuzufügen. Dieser Notwendigkeit konnte man, so
sehr sich auch insbesondere die Konservativen und andre agrar-
ische Vertreter dagegen zur Wehr gesetzt haben, sich nicht ent-
ziehen, weil durch die Neuordnung der Materie eine beacht-
liche Anzahl von Arbeitern, die bis dahin in der Gewerbeunfall-
versicherung versichert waren, der Landunfallversicherung
übertragen wurden, so z. B. solche aus dem Müllerrei-,
dem Brenner-, dem Ziegelei-, dem Schmiede-, dem Stell-
macher- und dem Baugewerbe; Arbeiter aus jenen land-
und forstwirtschaftlichen Nebenbetrieben. Später sind auch noch
sämtliche Arbeiter der Landwirtschaftsgärtnerei hinzugekommen,
die vordem der Tiefbau-Berufsvereinigungen zugehört waren.

Durch diese versicherungstechnische Verschiebung entstand also
die den Betriebsbeamten an die Seite gestellte Kategorie der
„Facharbeiter“, in die aber auch gleich andere, land- und forst-
wirtschaftliche, Berufsarbeiter mit jenen anderen höherer Berufs-
stellung logischerweise hineingefügt wurden. Das Gezet (Z. U.
V. G. ordnet die Materie nun im § 1 Absatz 6 wie folgt:

„Wer im Sinne dieses Gesetzes als Betriebsbeamter oder
als eine solche Person anzusehen ist, welche zum Unterschiede von
den gewöhnlichen land- oder forstwirtschaftlichen Arbeitern eine
technische Fertigkeiten erwerbende besondere Stellung einnimmt
(zum Beispiel Förster, Gärtner, Gärtnergehilfen, gewerbliche
Facharbeiter, wie Brenner, Maschinenführer, Heizer, Müller,
Ziegler, Stellmacher, Schmiede und andere), wird durch
statutarische Bestimmungen der Berufsvereinigungen (§ 33) für
ihren Bezirk festgelegt.“

Bei Aufstellung ihrer neuen Statuten hatten die landwirt-
schaftlichen Berufsvereinigungen sich mit dieser neu geschaffenen
Sachlage abzufinden. Wie sie sich damit abgefunden haben,
das soll hier Gegenstand der Darstellung und Kritik sein. Wir
haben uns der Mühe unterzogen, die Statuten sämtlicher 48
Landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen mit Beziehung auf
den darin formulierten Facharbeiterbegriff einer genauen
Prüfung zu unterziehen, und wir sind dabei zu hochinteressanten
und für die Sache recht wichtigen Ergebnissen gelangt. Ins-
gesamt ermittelten wir nicht weniger als 102 Facharbeiterbe-
zeichnungen, darunter befinden sich einige Doppelbenennungen für
die gleiche Berufsart, ferner eine Anzahl von Vereinnamungen,
die Unterabteilungen eines gleichen Berufs sind, so zum Bei-
spiel: Brenner, Brennmeister, Ziegler, Zieglermeister, Gärtner,

Kunstgärtner, Berufsgärtner, Gärtnergehilfen, Kunstgärtner-
gehilfen. Wenn nun alle diese Facharbeiter in jedem Statut
genannt sein würden, dann müßte man den Landwirtschaftlichen
Berufsvereinigungen ob solcher Liberalität alle Anerkennung
sollen. Man irrt aber mit solch etwaiger Annahme. Einige
der Berufsvereinigungen haben in ihrem Statut kurzweg die
schon im Gezet genannten Facharbeiter als solche angeführt,
andere haben diese Liste um einiges erweitert, indem sie noch
einige der im „Musterstatut“, das das Reichsversicherungsamt
herausgegeben hat, mehr genannten mit aufgeführt haben. Die
Mehrzahl der Berufsvereinigungen hat aber eine Einengung
des im Gezet formulierten Facharbeiterbegriffs vorgenommen!
Und das Reichsversicherungsamt hat, indem es diese Statuten
genehmigte, dazu seinen Segen gegeben!

Vergegenwärtigen wir uns die im oben zitierten Absatz 6 des
§ 1 des Z. U. V. G. enthaltene Facharbeiteraufzählung. Und
nun stellen wir das folgende dagegen:

Die Rheinische Berufsvereingung (Landwirtschaftliche Be-
rufsvereingung) zählt von Stellmachern als Facharbeiter
nur die „Meister und solche in ähnlichen Stellungen“; ebenso
die Hessen-Nassauische Berufsvereingung. Die vier württem-
bergischen Berufsvereinigungen halten alle Stellmacher aus.
Die Mainfränkische werden von dem genannten Be-
rufsvereingung in gleicher Weise behandelt, ebenso die
Schmiede und die Brenner. Schmiede und Brenner er-
fahren von der Mainfränkischen Berufsvereingung das Schick-
sal, gar nicht anerkannt zu werden. Die Heizer werden ganz
verleugnet von den vier Württembergischen Berufsverein-
gungen, von der Mainfränkischen, der Bremischen und der
Lothringischen Berufsvereingung, nur in selbständigen Stel-
lungen befindliche Heizer erkennen an die Hessen-Nassauische
und die Rheinische Berufsvereingung. Von den Württern
erkennt die Ludolfsbüchse Berufsvereingung nur die
Mühlenermeister an, die Hessen-Nassauische und die Rheinische
nur die in selbständigen Stellungen, die Bremische, die Mittel-
fränkische und die vier Württembergischen überhaupt keinen.
Von Reglern werden in neun Berufsvereinigungen nur
die Meister zu den Facharbeitern und in fünf weiteren noch nicht
einmal die Meister gezählt. Die Gärtner und Gär-
tnergehilfen kommen gar überhaupt nur in 21 zu ihrem
gesetzlichen Rechte, in 27 werden sie benachteiligt; alle möglichen
und unmöglichen Einengungen hat man da vorgenommen. —
Am weitestgehenden von allen haben sich in der Einengung des
Facharbeiterbegriffs bemerkbar gemacht: die vier Württembergi-
schen Berufsvereinigungen, die Lippische und die Bremische
Berufs- Vereingung. Die Bremische Berufs- Vereingung
nennt als Facharbeiter nur Gärtner, mit Ausnahme der Gärt-
nergehilfen, Wirtschaffterinnen, Schweizer. Die vier Würt-
tembergischen Berufsvereinigungen anerkennen als Fach-
arbeiter lediglich: Rechnungsführer, Obergärtner, Wirtschaff-
terinnen und Brenn- und Brennmeister mit längerer technischer
Vorbildung. Die Lippische Berufsvereingung stellt ganz all-
gemein die Anforderung: „Es ist das Wertmal zu fordern, daß
sie im wesentlichen und vorzugsweise nicht körperliche Arbeit
leisten, sondern die geistige Arbeit in den Vordergrund tritt.“
Höher geht's wirklich nicht mehr.

Nun wären die oben verzeichneten Tatsachen noch nicht allzu-
schlimm, wenn die Gesetzesvorschrift, betreffend die Facharbeiter,
eine bloß fakultative sein würde, wenn das Gezet in dieser Be-
ziehung keine zwingende Vorschrift wäre. War es den Landwirt-
schaftlichen Berufsvereinigungen von vornherein freigestellt,
den gesetzlich formulierten Begriff auch abzuweichen, dann konnte
man ganz natürlich, da das Statut ja ausschließlich von den
Unternehmern aufgestellt wird, seine besondere Liberalität er-
warten; ja, man hätte in dem Falle sogar Grund, den heutigen
Zustand vielfach noch anerkennend herbeizuholen. Es liegt
übrigens auch eine Erklärung des Reichsversicherungsamtes vor,
in der gesagt wird, betreffend die Gesetzesvorschrift sei wirklich nur
fakultativ anzufassen. Auf eine von der gewerblichen
Gärtnerorganisation an das Reichsversicherungsamt gerichtete
Beschwerde hat dieses dem Reichsversicherungsamt nämlich geant-
wortet: „Das Gezet hat die Berufsvereinigungen nicht ver-
pflichtet, jede der von ihm namhaft gemachten Kategorien
und etwa gar diese in ihrem weitesten Wortbegriff für Fach-
arbeiter zu erklären. Die Berufsvereinigungen sind vielmehr
befugt, bei der statutarischen Regelung auch andere Arbeiterarten
für Facharbeiter zu erklären und einzelne der vom Gezet als
Beispiele angeführten Gruppen fortzulassen oder sie nur
in abweichender, insbesondere einschränkender Begriffsgestaltung
aufzunehmen.“ Gewiß, so hat das Reichsversicherungsamt unter
dem 24. Januar 1906 einem Beschwerdeführer eröffnet; aber
es hat sich damit zugleich in Widerspruch mit sich selbst gesetzt.
Dasselbe Reichsversicherungsamt hat nämlich unmittelbar nach
Erlaß des Gesetzes im Jahre 1900 ein sogenanntes „Muster-
statut“ für die Landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen her-
ausgegeben; in diesem Musterstatut ist die Facharbeiterauf-
zählung erstens beträchtlich erweitert, und zweitens enthält diese
erweiterte Beispielaufzählung noch folgende Anmerkung (und die
ist das wichtigste):

„Die Aufnahme aller in diesem Musterstatut genannten
Arten von landwirtschaftlichen und gewerblichen Facharbeitern
ist nicht obligatorisch; indessen ist es unzweifelhaft, die Begriffs-
bestimmung so eng zu fassen, daß dadurch die Absicht des Gezet-
gebers vereitelt wird. Im allgemeinen wird das Mindestmaß
durch die im Wortlaute des § 1 Absatz 6 des Gesetzes aufge-
führten Beispiele bezeichnet. Im übrigen wird bei jeder Berufs-
vereingung nach den in ihrem Bezirke bestehenden besonderen
Verhältnissen im einzelnen zu prüfen sein, welche beifällige
Personen zum Unterschiede von den gewöhnlichen land- und forst-
wirtschaftlichen Arbeitern eine technische Fertigkeiten erwerbende
besondere Stellung einnehmen.“ Dasselbe Reichsversicherungs-
amt.

Dasselbe Reichsversicherungsamt steht also mit seiner Aus-
legung vom Jahre 1900 in diametralem Gegensatz zu seiner Aus-
legung vom Jahre 1906! Nichtig aber ist die vom Jahre 1900;
wie ist erfolgt unter dem frischen Einbrüche der kurz zuvor über
dieses Gezet stattgefundenen Reichstagsverhandlungen. Nichtig
ist die darum, weil die einschlägigen Umstände, die diese Gezet-
vorschrift gerechtfertigt haben (siehe in unserem Artikel weiter oben),
eine andere Auslegung gar nicht zulassen. Ein ungelöstes Rätsel
ist bis jetzt aber noch, wodurch das Reichsversicherungsamt
eigentlich dazu gekommen ist, sich später in jener merkwürdigen
Weise zu „korrigieren“. Die Korrektur erfolgte Ende 1901, in-
dem damals die „Absicht des Gezetes vereitelnden“ Statuten
die Genehmigung des Reichsversicherungsamtes erhielten. Haben
etwa die verantwortlichen Beamten des Reichsversicherungs-

amtes die Genehmigungsvermerke angebracht, ohne zuvor den
Statuteninhalt geprüft zu haben? Oder hat zuvor mit den Be-
rufsvereinigungspräsidenten eine entsprechende Verständigung
stattgefunden?

Wie dem auch sei, es steht fest, und das Reichsversicherungs-
amt selbst ist Schwurzeuge, daß die Statuten der meisten Land-
wirtschaftlichen Berufsvereinigungen hinsichtlich des Fach-
arbeiterbegriffs die Absicht des Gezetes vereitelt haben. Ueber
diesen Punkt wird hoffentlich im Reichstage noch ein Wortchen
gesprochen werden.

Wie soll solchen offensbaren Verstößen und Willkürlichkeiten
nun abgeholfen werden? Möglich war diese Gezetesvereitelung
nur, weil die Verwaltung der Berufsvereinigungen sich aus-
schließlich in Unternehmerränden befindet. Wären die Ar-
beiter, als Versicherte, an der Verwaltung mitbeteiligt, dann
hätten diese solches zweifellos abgewehrt. Das erste Mittel heißt
also: Mitbeteiligung der Versicherten an der Verwaltung der
Berufsvereinigungen! Ein zweites Mittel könnte sein: die
Anbringung einer schützenden Vorschrift in der neuen Reichs-
versicherungsordnung bzw., falls diese noch nicht Gezet werden
sollte, schon im jetzt noch geltenden Gezet und die Verwirklichung
dieser zu nennenden Beispiele. Allerdings dürfte man sich von
diesem zweiten Mittel aber nicht verprechen. Nachdem wir die
Facharbeiteraufzählungen in den 48 Statuten zusammen gestellt,
vergleichen und geprüft haben, sind wir genötigt, unser Urteil
dahin abzugeben, daß eine auch nur annähernd gerechte Ab-
grenzung des Facharbeiterbegriffs gar nicht möglich ist. Man
kommt aus der Schwierigkeit erst dann heraus, wenn der Unter-
schied zwischen „Facharbeiter“ und „Nichtfacharbeiter“ einfach
aufgehoben wird, wenn man sich entschließt, das Ausnahmerecht,
das die „gewöhnlichen“ land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter
unterstellt sind, reiflos aufzuheben und alle in der Land- und
Forstwirtschaft Unfallversicherten in der Rentenberechnung ein-
fach mit den gewerblichen Arbeitern gleichzustellen, wie das mit
vollem Rechte die vom fünften Allgemeinen Krankenkasien-
kongress beschlossenen hierauf bezüglichen Verträge fordern.

Die Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes muß nach ein-
heitlichen Grundätzen für alle Versicherten und bei allen drei
Unfallversicherungsarten nach dem wirklichen Verdienst, ein-
schließlich des Bezuges von Naturalien, erfolgen.“

(Hamburger Echo.)

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Die Haltung der Nationalliberalen zur Finanzreform. Die
„Nationalliberale Korrespondenz“ tritt der Nachricht entgegen,
monach es wahrscheinlich sei, daß die Nationalliberalen in letzter
Stunde sich der neuen Reichstagsmehrheit anschließen würden.
Um diesen Nachrichten endgültig den Boden zu entziehen, kann das
Blatt mitteilen, daß die nationalliberale Fraktion des Reichs-
tages einstimmig beschloffen hat, für den Fall der Ablehnung
der Erbschaftsteuer den Finanzreformplan der Mehrheit in allen
seinen Teilen abzulehnen.

Die letzte Hoffnung. In den „Berliner Neuesten Nachrichten“
wird behauptet, daß die Konservativen von einem Fraktions-
zwang bei der Abstimmung über die Steuervorlagen abgesehen
haben, um es dem Teile ihrer Mitglieder, der mit der ablehnen-
den Haltung nicht einverstanden ist, zu ermöglichen, für einen
Teil der von den Konservativen bekämpften Steuern zu stimmen.
Unter diesen Umständen könne damit gerechnet werden, daß auch
das Zentrum den Fraktionszwang nicht aufrechterhalten werde,
um es vor allen Dingen den Arbeitervertretern zu ermöglichen,
um das Odium der Erbschaftsteuerverweigerung herumzuwerfen.
— Diese Hoffnung steht auf sehr schwachen Füßen, denn das
Zentrum ist zurzeit im Reichstage nahezu vollständig verarmt,
selbst dem bayerischen Abge. Dr. Fein, den man seit Jahren im
Reichstage nicht mehr gesehen hat, hat man zu den Abstimmun-
gen im Reichstage herbeizitiert.

Graf Stolberg für die Erbschaftsteuer. Wie nationalliberale
Blätter mitteilen, hat der Präsident des Reichstages, Graf Stol-
berg, seinen Wählern erklärt, daß er in der Erbschaftsteuer-
frage für die Regierungsvorlage stimmen werde. Seine Wähler
hatten ihn vorher dazu aufgefordert. Graf Stolberg gehört als
Präsident des Reichstages der konservativen Reichstagsfraktion
formell nicht als Mitglied an.

Die Kirche gegen den Bisg. Stuttgart, 22. Juni. Nach
dem „Deutschen Volksblatt“ hat das bischöfliche Ordinariat in
Rothenburg bei der Staatsanwaltschaft Stuttgart gegen den
verantwortlichen Redakteur des „Simplicissimus“ wegen des
Bildes in Nr. 10 Strafantrag gestellt.

Aus dem Reichstage.

Die Erbschaftsteuer in der Finanzkom-
mission. Der Vorsitzende teilt zunächst mit, daß im Plenum
zuerst die direkten und dann die indirekten Steuern verhandelt
werden sollen. Die Beratung beginnt bei § 9a, der die Steuer-
sätze enthält. Die Freikonservativen erklären, daß sie dem Ge-
setze schwerem Herzen zustimmen, sie wollen aber, daß in das
Gezet eine Bestimmung hineinkommt, die eine weitere Erhöhung
der Steuerätze ausschließt. Abg. Genosse David begründet: so-
dann die von den Sozialdemokraten vorgeschlagene Steuerfala,
die bei 1% v. S. beginnt und bei 20 v. S. endet. Letzterer
Steuerfala würde allerdings erst eintreten bei einem Erbschafts-
falle von 16 Millionen Mark. Weiter beantragen die Sozialdemo-
kraten, daß uneheliche, vom Vater anerkannte Kinder nicht
schlechter gestellt werden sollen als eheliche. Die Antifemiten
haben ebenfalls eine Steuerfala eingebracht, die aber nicht so
weit geht, wie die sozialdemokratische. Ferner sind ferner eben-
falls dafür, daß Garantien geschaffen werden, um eine spätere,
weitere Erhöhung der Erbschaftsteuer zu verhüten. Abg.
Müller-Meinungen hält den Ertrag der neuen Erbschafts-
steuer für zu gering, kann sich aber doch nicht für die sozialdemo-
kratischen Anträge entscheiden, weil dadurch die Situation er-
schwerlich würde.

Unter allgemeiner Spannung erklärt sodann der Abg. Die-
trich namens der Konservativen, daß sie, wenn die Erbschafts-
steuer Gezet werden sollte, für die von der Regierung vorge-
schlagene Stala als das kleinere Uebel stimmen werden. Die
Konservativen lassen sich nicht durch taktische Absichten leiten,
sie werden ihre Stellung erst dann einnehmen, wenn das Gezet
zur Beratung in das Plenum kommt. — Man hatte allerdings

die Auffassung, daß damit der Umfall der Konservativen vorbereitet werden soll.

An der weiteren Diskussion beteiligte sich noch der Abg. Hen. Singer, der darauf hinwies, daß das Zentrum anscheinend jetzt eine Schweigekartell einrichte; im übrigen trat er den Einwendungen entgegen, die von den anderen Rednern gegen die sozialdemokratischen Anträge erhoben worden waren.

Unterbreiten hatte Abg. v. Seydewitz mit dem Abg. Dietrich Rückprache genommen und letzterer erklärte dann, daß er vermeiden wolle, daß seine erste Erklärung mißverstanden wäre und er sie deshalb dahin ergänze, daß die Konservativen nach wie vor im Prinzip Gegner einer jeden Erbschaftsteuer sind. Bei der Abstimmung wurden sämtliche Änderungsanträge zu § 9a abgelehnt, und der Paragraph schließlich in der Fassung der Regierungsvorlage ebenfalls abgelehnt und zwar mit 14 gegen 14 Stimmen. Dasselbe Resultat ergab sich bei den Abstimmungen über die anderen Absätze der Regierungsvorlage, und nach etwas mehr als dreistündiger Arbeit war die ganze Vorlage der Regierung glatt abgelehnt, und die Erbschaftsteuer damit in der Kommission gefallen. Berichterstatter ist der Abg. Kretz, der mündlichen Bericht zu erstatten hat. Die Erbschaftsteuer soll bereits am Donnerstag im Plenum des Reichstages verhandelt werden, und von der Abstimmung über diese Steuer wird es abhängen, welche Schritte Fürst Bülow zu unternehmen gedenkt. In den Kreisen der liberalen Fraktionsgemeinschaft rechnet man mit aller Bestimmtheit auf eine Auflösung des Reichstages.

Die Konservativen, Bülow und Wilhelm II.

Am 11. Juni, 22. Juni. Wie die „Anklammer Zeitung“ aus sicherer Quelle mitteilt, haben die Konservativen so gut wie beschlossen, die Erbschaftsteuer in zweiter Lesung abzulehnen, da nach den jüngsten Erklärungen der freisinnigen Fraktionsredner zurzeit keine Aussicht besteht, daß der Vorkurs der 400 Millionen indirekte Steuern bewilligt. Eine Annahme der Erbschaftsteuer würde das Zentrum veranlassen, jede weitere Mitarbeit einzustellen, und damit wäre das Zustandekommen der Finanzreform in dieser Session gescheitert. Die Rechtsparteien seien aber entschlossen, den geforderten Mehrbedarf des Reiches unter allen Umständen noch in dieser Session sicher zu stellen. Für die dritte Lesung habe sich Graf Schwerin-Schönau und andere der Erbschaftsteuer feindlich gesinnte Abgeordnete sich vorbehaltend, dieser Steuer zuzustimmen, falls die Konstellation der Parteien sich bis dahin infoweit geändert haben sollte, daß nur durch die Annahme der Erbschaftsteuer die Lösung der Finanzreform erfolgen wird.

Die ganze Geschichte scheint ein Wanderspiel gegen Bülow zu sein. Es soll offenbar Wilhelm II. zu verstehen gegeben werden, die Konservativen würden schon dafür sorgen, daß die Finanzreform unter Dach und Fach kommt. Wenn nichts zustande käme, so läge das nur an Bülow, der durchaus nicht mit dem Zentrum das Geschäft machen wolle.

Am 22. Juni. Von hervorragender parlamentarischer Seite werden dem Berliner Korrespondenten der „Neuen Freien Presse“ über die Pläne der konservativ-liberalen Mehrheit folgende Mitteilungen gemacht: Für den Fall, daß es der Regierung doch wider Erwarten gelingen sollte, die Erbschaftsteuer mit Hilfe der Linken zur Annahme zu bringen, wollen Konservativen und Zentrum gegen die ganze Finanzreform stimmen. — Wie derselbe Korrespondent von parlamentarischer Seite erzählt, hat Kaiser Wilhelm an den Reichszentralrat Fürst Bülow nach der Rede, die Fürst Bülow in der vorigen Woche gehalten, ein Glückwunschtelegramm geschickt.

Konstitutionelle Belehrungen

erteilt wieder einmal die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ dem Fürsten Bülow und seinen Kollegen in der Regierung, um ihnen den „richtigen“ Weg zu zeigen, aus dem Finanzreform-Jammer herauszukommen. Das Agrarierblatt will noch immer nicht daran glauben, daß die Erbschaftsteuer im Reichstag eine Mehrheit findet. Gleichwohl scheint es in der Beziehung doch nicht ohne Bedenken zu sein, denn unter einem großen Aufwand an Worten sucht es den Reichsparteilern, die bekanntlich Garantien dafür verlangen haben, daß es solche Garantien nicht erteilt werden, klar zu machen, daß es solche Garantien nicht geben könne, weil der Reichstag gefasste Beschlüsse auch mit einfacher Mehrheit wieder umstoßen könne. Der Bundesrat könne aber eine solche Garantie auch nicht bieten, denn der würde sicher einstimmig der Aufhebung etwaiger Garantien zustimmen, sobald er vor der Frage stehe, andernfalls die Einzelstaaten zur Vesteitigung der Reichsfinanzen heranziehen zu müssen.

In der Beziehung hat das Agrarierblatt nur wirklich einmal die richtige Bitterung. Solche „Garantien“ zu schaffen, ist unmöglich. Wer sie ernsthaft zur Bedingung für die Zustimmung zur Erbschaftsteuer machen wollte, müßte zur Ablehnung kommen. Die Reichspartei dazu zu veranlassen, ist ja auch der Zweck der Zeitung in der „Deutschen Tageszeitung“, die besonders den Finanzminister v. Heinemann aus dem Korne nimmt, weil er seine Gegnerschaft gegen die Besteuerung der Kinder und Ehegatten aufgegeben hat und ihn als abweichendes Beispiel vorführt. Während wir aber den Schwankenden vorgehalten, daß seine Steuer sich leichter erhöhen und verschärfen lasse, als die Erbschaftsteuer, und diese Verschärfung würde gerade mit Hilfe eines demokratisch fundierten Parlamentes, wie des Reichstages (da liegt der Hase im Pfeffer!), leicht durchgeführt werden können. Darum heiße es Principia obsta!

Der Regierung wird dann aber klar gemacht, daß sie sich nicht darauf verlassen dürfe, die „Finanzreform“ nicht gegen die Liberalen machen zu können. „In einem monarchisch-konstitutionellen Staate muß die Regierung sich innerhalb des ganzen Parlamentes ihre Mehrheit für Staatsnotwendigkeiten suchen; und wenn sie keine Mehrheit findet, muß sie das Haus auflösen; tertium non datur! Kann sie aber von einer Auflösung sich keinen Erfolg versprechen, dann muß sie die Mehrheit nehmen, die sich ihr bietet; und es ist ja durchaus konstitutionell gedacht, wenn sie in einer Finanzfrage den finanzpolitischen Überzeugungen der Mehrheit Rechnung trägt, die das finanzpolitische Gesamtziel bewilligt; die Regierung kann ja auch das pflichtgemäß tun; die Mehrheit kann es mit Zug und Recht verlangen. Nicht konstitutionell aber, sondern „parlamentarisch“ denkt eine Regierung, die ihre sachliche Stellungnahme oder gar ihre Existenz von der Ablehnung oder Zustimmung einzelner Parteien abhängig macht. Das ist es aber gerade, was die Konservativen zurückweisen. Der Anspruch des Herrn Reichszentralrats, daß er die Geschäfte nicht so führen werde, daß die Liberalen der Finanzreform nicht zustimmen könnten, streifte mindestens hart die Grenze der konstitutionellen Auffassung. Darum können wir diesem Anspruch nur relative Bedeutung beimesen; darum halten wir es für ausgeschlossen, daß Fürst Bülow ihn anders gedacht habe; denn ein Kanzler, der deshalb die Finte ins Korn wirft, weil sich ein Gesetzgebungswerk nicht nach den Wünschen einer bestimmten Partei gestalten läßt, der wäre jedenfalls der erste Kanzler im Deutschen Reich, der sein Gehen oder Bleiben nicht von dem Vertrauen seines kaiserlichen Herrn abhängig machte, sondern von einer Parteikonstellation! Die Gefahr, die die gegenwärtige Situation in dieser Beziehung in sich birgt, wird deutlich genug bezeichnet durch die Haltung des Vorkursliberalismus. Das ein Blatt dieser Richtung triumphieren konnte, die Linke ist jetzt „unentbehrlich“, muß dem Fürsten Bülow zeigen, ob seine Auflösung opportun war. Und der Anspruch des Abg. Biemer, daß neue Steuerlasten auch eine Erweiterung der Volksrechte bedingten, wird den verbündeten Regierungen zeigen, wozu bei einer Rücknahme auf die Linke die Reize geht! Wenn aber Herr Dr. Biemer zugleich seine Auffassung vom Bloß dahin faßt, daß die ganze Gesetzgebung müsse mit liberalen Geistes durchdrungen werden, dann könnte er zugleich den Konservativen nicht deutlicher sagen, welches ihre weitere Rolle in diesem Spiel sein soll!

Wie schon jüngst, zielt auch hier das Agrarierblatt wieder über Bülow's Kopf hinaus, um ihn bei seinem „kaiserlichen Herrn“ in den Verdacht staatsgefährlicher Umtriebe zu bringen. Das Verlangen nach neuen Volksrechten rechtfertigt sich so freilich nicht nur aus den neuen Steuerlasten, es ist an sich

allein nicht nur berechtigt, seine Erfüllung vielmehr eine absolute politische Notwendigkeit, wenn nicht der Staatssturz im Dreck stecken bleiben soll. Das aber wollen die Junker und Agrarier, denn es ist die Basis ihrer Macht. Die Regierung aber könnte allen Vorwürfen aus dem Wege gehen; sie braucht nur den Reichstag aufzulösen, wenn die Mehrheit ihr eine ihr unannehmliche Steuerbelastung präsentiert. Dann handelte sie wirklich konstitutionell. Aber die Junker wissen, daß Bülow nicht wagt, sein Spiel auf diese Karte zu setzen. Darum versuchen sie, sich die Mehrheit mit allen Mitteln zu sichern, um dann die Regierung ihrem Willen zu beugen.

Der erste Kongress für Säuglingschutz.

Eine schwere Anlage gegen die bürgerliche Gesellschaft war die Tagung des ersten Kongresses für Säuglingschutz in Dresden am 19. Juni. Medizinalrat Bud-Dresden wies in seiner Begrüßungsansprache schon darauf hin, daß Sachjen zu den Kindern gehöre, die die größte Kindersterblichkeit aufweisen. Er hätte hinzufügen sollen, daß Schuld daran die erbärmliche Versorgung in der Textil- und in der Spielwaren-Industrie trägt, die diesen den Namen Hungerindustrie eingetragen hat.

Der Geh. Obermedizinalrat Dr. Dietrich führte den Beweis, daß es in Preußen nicht besser aussehe. Die Sterblichkeit sei überall in Preußen im ersten Lebensmonat am größten. Von 198 Säuglingen, die 1905 von 1000 starben, wurden 57 — das sind ein Drittel — im ersten Monat dahingerafft, ein Neuntel starben im zweiten, ein Zehntel im dritten Monat. Auf dem Lande ist die Sterblichkeit etwas größer als in der Stadt. Die beste Pflege für das Kind liege in der sachkundig angeleiteten und gut ausgestatteten Mutter. Deshalb müsse in erster Linie die Mutter geschützt und schon vor der Entbindung in die Lage versetzt werden, mit Ruhe ihrer schweren Stunde entgegenzutreten. Die materielle Sicherstellung der Gebärenden und eine Vermehrung der Entbindungsanstalten wären weitere Vorbedingungen. An letzteren fehle es selbst in Großstädten; Berlin habe insgesamt nur 300 Betten. Frankreich und Rußland selbst hätten Deutschland weit übertroffen in diesem Punkte.

Prof. Dr. Selge-Göttingen forderte vor allem Wöchnerinnenheime, die in Verbindung mit der Entbindungsanstalt stehen, und in denen Wöchnerinnen, die in schlechten Verhältnissen leben, mit ihren Kindern Aufnahme finden. Diese Heime seien besonders für die unehelichen Wöchnerinnen eine Notwendigkeit.

Der dritte Berichterstatter Professor Dr. v. Franke-Gießen legte an der Hand statistischer Mitteilungen die Notwendigkeit erhöhter Mutter- und Säuglingschutzes dar. Die Sterblichkeit der Kinder kurz vor und nach der Geburt raube Deutschland im Jahre durchschnittlich 140 000 Menschenleben, von denen circa 115 000 durch eine bessere Fürsorge für Schwangere und Gebärende gerettet werden könnten. Selbst von den gefunden aus den Entbindungsanstalten entlassenen unehelichen Kindern sterben infolge der ungünstigen Verhältnisse, in die sie kommen, bis zu 47 Prozent im ersten Lebensjahre. Auch dieser Redner forderte Gründung von Mutter- und Säuglingsheimen und Stilling der Kinder durch die Mütter. Es sei eine Pflicht nationaler Selbsthaltung, eine Verminderung der Säuglingssterblichkeit herbeizuführen.

Der Stadtrat Hofmann-Leipzig wies sehr richtig darauf hin, daß die Frage erhöhten Säuglingschutzes, erhöhter Stillfähigkeit auch vor allem eine wirtschaftliche Frage sei. Die Mütter müßten durch wirtschaftliche Hilfe in den Stand gesetzt werden, sich genügend der Erziehung ihres Kindes widmen zu können. Die gesetzliche Ausdehnung des Schutzes, den der § 137 der Gewerbeordnung den Fabrikarbeiterinnen gewährt, auf Dienstboten und Handelsangestellte müsse gefordert werden, vor allem aber auch eine Ausdehnung der Schutzfrist vor der Niederkunft. Redner forderte ebenfalls die Errichtung von Wöchnerinnenheimen.

Die Professoren Dr. Sieger-Röln und Dr. Runder-Frankfurt a. M. fordern auf, für bessere und gesündere Wohnungen Sorge zu tragen. Sanitätsrat Dr. Brenneke-Magdeburg forderte analog das Handels- und Gewerbeamt Frauenhilfs-lammern.

Nächster Kongressort ist München.

Lebensmittel-Teuerung und drohende Mißernte.

Die vom preussischen statistischen Landesamte herausgegebene „Statistische Korrespondenz“ bringt in ihrer letzten Nummer vom 19. Juni eine Zusammenfassung über die Preise der Lebensmittel im Monat Mai. Die Ergebnisse dieser Preisstatistik sind in folgenden Darlegungen der amtlichen Korrespondenz niedergelegt:

Die bereits in den Vormonaten beobachtete allgemeine Steigerung der Getreidepreise hat abgeebenen von der Brannt- und Futtergerste im Berichtsmontat angehalten. Der Weizenpreis stieg im Durchschnitt der Berichtsorte gegen den Vormonat um 16 Pf. für die Tonne; er ist damit seit Januar d. J. um 49 Pf. in die Höhe gegangen. Der Roggenpreis hob sich gegen den Monat April d. J. um 9, der Haferpreis um 8 Pf., ersterer also seit Januar um 18, letzterer um 26 Pf., wogegen der Durchschnitt der Gerstpreise gegen April, bei der Braugerste bereits seit März, unverändert blieb.

Im einzelnen hat sich im Berichtsmontat gegen den Monat April der Weizen mittlerer Sorte am meisten verteuert in Köln (um 26 Pf.), in Halle (24 Pf.) und Erfurt (23 Pf.); ein Preisrückgang für Weizen war überhaupt nicht, ein Preisrückgang nur in Dortmund zu verzeichnen.

Beim Roggen (mittler) betrug die bedeutendste Preiserhöhung gegen den Vormonat in Gleiwitz 18, demnächst in Memel, Bosen und Halle je 13 Mark. Gelesen ist der Preis beim Roggen nur in Königsbütte (um 5 Pf.), beim Hafer nirgends, dagegen mehrfach bei der Gerste, und zwar am meisten bei der Braugerste in Stettin und Essen (je um 6 Pf.), bei der Futtergerste in Bosen und Königsbütte (je um 12 Pf.), sodann in Potsdam (um 9 Pf.).

Die Großhandelspreise für Hülsenfrüchte sind durchweg, am erheblichsten die für Linen, im Gesamtdurchschnitt gesunken, die entsprechenden Kleinhandelspreise hingegen gleichwohl etwa in die Höhe gegangen. Bemerkenswert ist das ununterbrochene Ansehen der Erbsenpreise, im ganzen allerdings nur um 6 Pf. für das Kilogramm seit Januar d. J. Auch beim Weizen und Brot zeigt sich schon seit einiger Zeit im allgemeinen eine langsam aufsteigende Preisbewegung, welche beim Weizenmehl und Weizenbrot (Semmel) härter war als beim Roggenmehl und Roggenbrot.

Der Mal-Getreidepreis mittlerer Qualität war am höchsten für Weizen in Düsseldorf (268 Pf.) und Berlin (259 Pf.), für Roggen in Trier (194 Pf.) und Altona (193 Pf.), am niedrigsten für Weizen in Dortmund (215 Pf.) und Königsberg (220 Pf.), für Roggen in Altona (165 Pf.) und Köln (167 Pf.).

Die Preise des im Berichtsmontat gehandelten ausländischen Getreides betrugen: Für guten Weizen in Dortmund 260, in Düsseldorf 275 Pf., für Mittelware (unverzollt) in Danzig 192, (verzollt) in Altona 262, in Münster, Frankfurt a. M. und Aachen je 265, in Wiesbaden 270, in Essen und Krefeld je 263, in Köln 266 Pf., für guten Roggen in Stade 220, in Dortmund 210, in Frankfurt a. M. 200, in Düsseldorf 201 Pf., für Mittelware in Altona 209, in Münster 220, in Essen und Krefeld je 213, in Köln 216, in Aachen 215 Pf.

In dieser trostlosen Darstellung der ständig steigenden Getreide- und Brotpreise gefellen sich nun noch die Nachrichten über eine drohende Mißernte. In einem Berichte über den Saatstand in Preußen sagt derselbe „Statistische Korrespondenz“, daß die einlaufenden Berichte die Enttäuschungen überall als weit unter mittelmäßig angeben. Wegen der widrigen Witterung müßten viele Wintergetreide umgepflügt werden, so daß die Ernteflächen für Weizen und andere Fruchtarten sich nicht unwesentlich verringert haben. — Trost alledem aber keine Aufhebung der Rolle keine Erleichterung der Brotzufuhr! Die Brotpreise werden weiter steigen und die Agrarier streichen laßend den aus der Hungersnot gemünzten Profit ein.

Regierungsrat von Uthmann, der Satiriker.

Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie hat jetzt einen selbständigen Dichter für sich in Anspruch genommen. Es ist ein preussischer Regierungsrat, Herr Viktor v. Uthmann in Bosen. Dieser Herr hat im Verlage von Oskar Cuhls in Biffa unter dem Titel „Die neue Germania“, ein Buch erscheinen lassen, für das die „Korrespondenz des Reichsverbandes“ Respekt macht. „Der Jungbrunnen der sozialdemokratischen Schlagwörter und Straßensprüche“, so schreibt die „Korrespondenz des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie“, in erquickender Frische; an den Sünden des vormärkischen Bürgertums, am Kapitalismus, an der Profitgier der Bourgeoisie, an dem Molo des Militarismus und der Soldatenchinderei, an der Klassenjustiz und der Kolonialpolitik wird nach dem bekannten sozialdemokratischen Rezept, in zielreicher, vernichtendster Kritik geübt. Dann folgt die Beschreibung des Zukunftsstaates, wie es der Würde des hohen Gegenstandes entspricht, in schlichter Prosa. Mit verhaltenem Atem und festgebundener Nase betritt Tacitus des gelobten Vordes Hauptstadt „Utopienburg“. Ein Revisionist wird gerade sehr wütend aus der Burg „hinausgeleert“, aber die „Leipziger Volkszeitung“ als Paß öffnet alle Türen. Staunend sieht Tacitus die veredelnden Erfolge der neuen Jugendbeziehung, er hört des freien Weibes freie Männerwahl, er blickt stumm auf die plastischen Marmordarstellungen der neuen Kunst, a. B. auf die windelweiche Abstraktion eines Streiberebers, auf die Diosturen Hans Frebing und Beduard Ernst, auf Saul Ringer, auf die Statue der „Wahrheit“ zu der die körperlichen Reize einer gewissen „Rosa“, den abschreckenden Vornamen geliefert haben.

Als wir diesen alten Kohl angewandert haben, dachten wir, daß der Verfasser ein verkappter Sozialdemokrat sei, der die tausendmal wiederholten und tausendmal von neuem angebrachten Vorurteile unserer Gegner satirisch übertrieben wollte. Aber vor dem Verdacht sozialdemokratischer Gesinnung schützt Herr von Uthmann ausreichend seine Eigenschaft als förmlich preussischer Regierungsrat; und so muß man ihm schon glauben, daß seine Schrift wirklich gegen die Sozialdemokratie gerichtet ist. Uebrigens ist es nur ehrenvoll für den Verfasser, daß seine Arbeit nichts taugt, denn in welche Verlegenheit könnte der preussische Staat geraten, wenn es selbst unter seinen Regierungsministern schon Satiriker gäbe? Bedauerlicherweise hat Herr v. Uthmann seine antisozialdemokratische Prosa auch mit antisozialdemokratischen — vom Reichsverband wohlwollend als zierlich und launig bezeichneten — Versen untermischt, von denen die nachstehende aus der Zukunftsstaatsbeschreibung abgedruckt noch zu den besten zählt:

Und wer, weil zu groß das Glück,
Widersteht und macht Gedächtnis,
Wird er selber auch der Pausale,
Liest hinaus als faules Stück!

Als guter Royalist wollte Herr von Uthmann: 1 unserer antimonarchischen Zeit offenbar der Dichtkunst hochgeliebten bayerischen Herrschers nachzusehen, von dem es in Heint. Heines „Lobgesängen“ heißt:

Herr Ludwig ist ein großer Boel,
Und singt er, so führt Apollo
Vor ihm auf die Knie und bittet und fleht:
Sollt ein, ich werde sonst toll, o!

Kulturaufgaben leiden nicht.

Das Reich wendet Millionen und Milliarden für Meer und Marine, für Panzerschiffe und Kanonen auf; ungezählte Summen werden jährlich in den dürren Boden der Kolonien gesteckt, aber im größten Bundesstaate des Deutschen Reiches herrscht Mangel und Not in den notwendigen Mitteln der Wissenschaft und Bildung. Diese Tatsache erhält eine Bestätigung durch einen Artikel der „Kölnischen Zeitung“, betitelt: „Die Not der rheinischen Universitätsbibliothek“. Darin wird dargelegt, daß von den 95 000 Bücherbestellungen, die im Jahre 1908 bei der Bibliothek der Bonner Universität erfolgten, nur 67 Proz. durch Verabfolgung des gewünschten Buches erledigt wurden; ein volles Drittel der Bestellungen war erfolglos. Dabei ist noch in Betracht zu ziehen, daß die eifrigsten Benutzer der Bibliothek, vor allem die ortsanwesenden Hochschullehrer, sich vorüber durch Nachschlagen des Katalogs über das Vorhandensein des fraglichen Buches vergewissern. Wieviel Wünsche in Wirklichkeit erfolglos bleiben, ergibt sich aus der Tatsache, daß von 12 168 auswärtigen Bestellungen nur 6027, also knapp die Hälfte, ausgeführt werden konnten. Es heißt in dem Artikel:

Man mache sich klar, welche Folgen das nach sich ziehen müßte, wenn der jämmerliche Zustand auch nur noch ganz kurze Zeit bestände. Es ist eine schon nicht mehr zu betreibende Tatsache, daß die preussischen Universitäten den Wettbewerb im wissenschaftlichen Leben nur noch mit Mühe mit Sachsen, Baden, Elsaß aufrechterhalten können. Überall läßt die Lust zur wissenschaftlichen Arbeit bei den nicht direkt von Amt wegen Verpflichteten und unmittelbar an den Quellen des Materials Sühenden in beklagenswerter Weise nach. In den Vorreden mehrten sich die entschuldigenden Mitteilungen, daß es dem Verfasser leider nicht möglich gewesen sei, das und jenes wichtige Werk noch in die Hand zu bekommen.

Der gegenwärtige Zustand, so wird weiter dargelegt, drohe schließlich die wissenschaftliche Forschung zu einer Sache des Vermögens zu machen, indem der Vermögende durch reichere Ausstattung seiner Privatbibliothek sich einen Vorrang sichern vor dem Fachgenossen, der auf die öffentlichen Bibliotheken angewiesen sei. Viel schlimmer aber sei die Tatsache, daß in einigen Fächern nicht nur die wissenschaftliche Forschung, sondern auch der wissenschaftliche Unterricht bedroht sei:

So ist es z. B. in Bonn nicht möglich, in den seminaristischen und projektorientierten Übungen für deutsche Literaturgeschichte nach Beibehalten und nach lediglich sachlichen Gesichtspunkten die Thematika zur Bearbeitung zu wählen, weil die Beschaffung der notwendigen Literatur auf ganz ungenügende Schwierigkeiten stößt. Die Literatur des 19. Jahrhunderts z. B. ist in Bonn auf weiten Strecken nur mit großer Mühe und mit großen Opfern gründlich zu studieren. Die Seminarbibliothek, die ganz erbärmlich dotiert ist, hat kaum die wichtigsten Nachschlagewerke, keineswegs die laufenden Publikationsreihen und alle Fachzeitschriften; auf der Bibliothek werden und müssen die Defizite für alle neuen Periodika vorläufig abschlägig beschieden werden, weil selbst ältere unter dem Druck der Lage zurzeit abgebrochen werden müßten!

Und wie hoch ist die Summe, die zur Besserung dieser trostlosen Verhältnisse, die nicht nur für Bonn gelten als nötig erachtet wird. Der Verfasser des Artikels rechnet für die preussischen Universitäten (außer Berlin) die Summe von 450 000 Mark heraus, während jetzt vielleicht die Hälfte zur Verfügung steht. Also eine Viertelmillion zur würdigen Ausstattung der preussischen Universitätsbibliotheken — sie ist nicht anzutreiben! Aber das 500 Millionen dem unerlässlichen Schuld des Molo des Militarismus überantwortet werden sollen, darüber herrscht bei den Regierungen und unter den bürgerlichen Parteien von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken vollkommene Übereinstimmung!

Serbien.

Die Schulden des Prinzen Georg. Wien, 22. Juni. Die Belgrader „Pravda“ fordert den König Peter auf, doch endlich die Schulden für den gemeinsamen Kronprinzen Georg zu zahlen, für die sich dieser mit Ehrenwort und Unterschrift verbürgt hätte. Die Ehre des Reiches aufgewungenen Königshaus sei mehr wert, als einige hunderttausend Franken. Der frühere Kronprinz steht der „Pravda“ nahe, so daß vermutet wird, er habe diesen Artikel inspiriert.

267. Sitzung vom 1. Am Bundesratssitzung. Auf der Tagesordnung: Gegenüberstellung betr. d. Kontrolle der in der Anlage des Eingangs westafrika geleist.

Abg. Rostke (Soz.) der sonderbaren Vorläge. Aus Anlaß des den Staatsjahre 1903 herausgab, wobei ich gerechnet hab. Der was ich bei früheren Gezwart wissen, wieviel Gebewilligt ist, daß wir abgeben wurde. Wenig erlaben wir nicht, wo Sozialdemokraten haben gegenübergefallen, aber unumwunden zugegeben gebalten.

Vizepräsident Dr. v. vorgewerfen, widerspricht Sie zur Ordnung rufen.

Abg. Rostke (Soz.) nicht, daß während einer vorhanden ist, aber ich Ausgaben, und Angabe sind, deren Verwendung nen Markt Quittungen schlägt deshalb, wie sie einer ordnungsmäßigen Auf diese Weise will möglichst schnell fertig habe vorhin einen ichan die Regierung selbst mit die allerhöchsten Ausstimmung bei den Sozial ganze Anzahl von Leute viel auszahlen ließen. weitgehende Nachschick lich sein, aber etwas an Leuten entgegentritt, die erhoben haben. Diese angeblich hingeben. (Z Solbaten haben gewis ziehen, als ihnen zum.

Rechnungen ganz genau Vergangenheit ist das die Beteiligten im Krieg Vornur, daß sich Solb reichert hätten, müsse en rechts).

Das Gesetz geht an Nachtragssatz betreffend hoher Feldes geht

Es folgt Fortsetzung der Diskussion.

Abg. Freiherr v. G. handelt ist eine Notierung, aber man darf bei heitlichen Treffen jedes

Staatssekretär Dr. v. Rechnungen ganz genau Vergangenheit ist das die Beteiligten im Krieg Vornur, daß sich Solb reichert hätten, müsse en rechts).

Das Gesetz geht an Nachtragssatz betreffend hoher Feldes geht

Es folgt Fortsetzung der Diskussion.

Abg. Freiherr v. G. handelt ist eine Notierung, aber man darf bei heitlichen Treffen jedes

Staatssekretär Dr. v. Rechnungen ganz genau Vergangenheit ist das die Beteiligten im Krieg Vornur, daß sich Solb reichert hätten, müsse en rechts).

Das Gesetz geht an Nachtragssatz betreffend hoher Feldes geht

Es folgt Fortsetzung der Diskussion.

Abg. Freiherr v. G. handelt ist eine Notierung, aber man darf bei heitlichen Treffen jedes

Staatssekretär Dr. v. Rechnungen ganz genau Vergangenheit ist das die Beteiligten im Krieg Vornur, daß sich Solb reichert hätten, müsse en rechts).

Das Gesetz geht an Nachtragssatz betreffend hoher Feldes geht

Es folgt Fortsetzung der Diskussion.

Abg. Freiherr v. G. handelt ist eine Notierung, aber man darf bei heitlichen Treffen jedes

Staatssekretär Dr. v. Rechnungen ganz genau Vergangenheit ist das die Beteiligten im Krieg Vornur, daß sich Solb reichert hätten, müsse en rechts).

Das Gesetz geht an Nachtragssatz betreffend hoher Feldes geht

Es folgt Fortsetzung der Diskussion.

Abg. Freiherr v. G. handelt ist eine Notierung, aber man darf bei heitlichen Treffen jedes

Staatssekretär Dr. v. Rechnungen ganz genau Vergangenheit ist das die Beteiligten im Krieg Vornur, daß sich Solb reichert hätten, müsse en rechts).

Das Gesetz geht an Nachtragssatz betreffend hoher Feldes geht

Es folgt Fortsetzung der Diskussion.

Abg. Freiherr v. G. handelt ist eine Notierung, aber man darf bei heitlichen Treffen jedes

Staatssekretär Dr. v. Rechnungen ganz genau Vergangenheit ist das die Beteiligten im Krieg Vornur, daß sich Solb reichert hätten, müsse en rechts).

Das Gesetz geht an Nachtragssatz betreffend hoher Feldes geht

Es folgt Fortsetzung der Diskussion.

Abg. Freiherr v. G. handelt ist eine Notierung, aber man darf bei heitlichen Treffen jedes

Staatssekretär Dr. v. Rechnungen ganz genau Vergangenheit ist das die Beteiligten im Krieg Vornur, daß sich Solb reichert hätten, müsse en rechts).

Das Gesetz geht an Nachtragssatz betreffend hoher Feldes geht

Es folgt Fortsetzung der Diskussion.

Abg. Freiherr v. G. handelt ist eine Notierung, aber man darf bei heitlichen Treffen jedes

Staatssekretär Dr. v. Rechnungen ganz genau Vergangenheit ist das die Beteiligten im Krieg Vornur, daß sich Solb reichert hätten, müsse en rechts).

Das Gesetz geht an Nachtragssatz betreffend hoher Feldes geht

Es folgt Fortsetzung der Diskussion.

Die hat jetzt einen
kommen. Es ist
v. Uthmann in
er Eulig in Biffa
"ein Buch ex-
des Reichsverband-
er sozialdemokra-
belle", so schreibt
die Sozialdemo-
kraten des ver-
Profitwut der
und der Soli-
dialpolitik wird
pt, in zierlichen
istischen Bildern,
die Beschreibung
den Gegenstandes
nem Atem und
n Korbes Haupt-
abe sehr wörtlich
psiger Volkszög-
"Lauter die ver-
hört des freien
auf die plastischen
auf die windel-
die Droskuren
Saul Ringer, auf
ischen Reize einer
geliefert haben."
krat sei, der die
nem angebrachten
en wollte. Aber
ing schließt Herr
königlich preisü-
gion glauben, daß
atie gerichtet ist.
fasser, daß seine
ndheit könnte der
er keinen Regie-
erweiche hat Herr
a auch mit anti-
molend als zier-
nisch, von denen
abgedruckt

lich,
zule,
man: i unserer
kluft hochliegenden
in Heint. Heines
nd steht:
ht.
en für Heer und
ungezählte Sum-
kolonien gestiftet,
Reiches herrscht
a der Wissenschaft
elastizität durch
t. Die Not der
rd bargelegt, daß
hre 1908 bei der
ur 67 Proz. durch
wurden: ein
Dabei ist noch
er der Bibliothek,
sich vorher durch
seine des frage-
in Wirklichkeit
t, daß von 12 188
die Hälfte, aus-
titel:
s nach sich ziehen
ur nur noch ganz
ur zu bestreite-
den Wettbewerb
lücke mit Schafen,
rall läßt die Luft
direkt von Umst
den Quellen des
nach. In den
Mitteilungen, daß
seien sei, daß und
bekommen."

dargelegt, brohe
einer Sache des
e durch reichere
Vorrang sichere
Bibliotheken an-
Lauter, daß in
e Forderung, son-
ht sei:
n den feministi-
eutsche Literatur-
schonischen Gesichts-
wählen, weil die
ganz ungewöhn-
des 19 Jahrhun-
nur mit großer
n studieren. Die
ert ist, hat kaum
die laufenden
n; auf der Bib-
für alle neuen
werden, weil selbst
gebrochen werden
erung dieser trost-
gellen als nötig
net für die preu-
von 450 000
te zur Verfügung
Ausgestaltung der
nicht aufzutreiben
Schlund des Mo-
ollen, darüber
bürgerlichen Vor-
rsten Vinken voll-

Beilage zur Volkswacht.

Mr. 143.

Bielefeld, Mittwoch, 23. Juni 1909.

20. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht.)

267. Sitzung vom Dienstag, 22. Juni, 2 Uhr nachm.
Am Bundesratsitz: v. Bethmann-Hollweg, Dernburg, Sydow.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Gesetzesentwurfes betr. die Verrechnung, Prüfung und Kontrolle der in den Rechnungsjahren 1903 bis 1907 aus Anlaß des Eingeborenenaufstandes in Südwestafrika geleisteten Ausgaben.

Abg. Roske (Soz.): Der vorliegende Entwurf ist wohl eine der sonderbarsten Vorlagen, die bisher den Reichstag beschäftigt haben. Aus Anlaß des Aufstandes in Südwestafrika sind in den Etatsjahren 1903 bis 1907 mindestens 400 Millionen Mark verausgabt, wobei die Beträge für Pensionen noch nicht eingerechnet sind. Der Entwurf befaßt mit letzterer Klarheit, was ich bei früheren Gelegenheiten ausgeführt habe: Daß wir zwar wissen, wieviel Geld für die Verrechnung des Aufstandes bewilligt ist, daß wir aber nicht erfahren können, wofür es ausgegeben wurde. Wenigstens von einem sehr erheblichen Teil erfahren wir nicht, wo er blieb. (Hört, hört! bei den Soz.) Wir Sozialdemokraten haben der Regierung immer mit Misstrauen gegenübergestanden, aber eine solche Schamperie, wie sie hier unumwunden zugegeben wird, hätte ich doch nicht für möglich gehalten.

Vizepräsident Dr. Baasche: Der Regierung Schamperie vorzuwerfen, widerspricht der Ordnung des Hauses. Ich muß Sie zur Ordnung rufen.

Abg. Roske (fortfahrend): Auch wir verlangen natürlich nicht, daß während eines Krieges Quittung über jeden Pfennig vorhanden ist, aber ich vermisste überhaupt Belege für größere Ausgaben und Angabe darüber, wie groß denn die Summen sind, deren Verwendung nicht nachzuweisen ist, wie viele Millionen Mark Quittungen nicht vorhanden sind. Die Regierung schlägt deshalb, wie sie sagt, ein Ausnahmegezet vor, damit von einer ordnungsmäßigen Abrechnung überhaupt abgesehen wird. Auf diese Weise will man mit der unangenehmen Geschichte möglichst schnell fertig werden. (Hört, hört! bei den Soz.) Ich habe vorhin einen scharfen Ausdruck gebraucht, aber das, was die Regierung selbst mitteilt, ist so ungewöhnlich, daß man wohl die allerhöchsten Ausdrücke anwenden kann. (Lebhafter Zustimmung bei den Soz.) Die Regierung stellt fest, daß eine ganze Anzahl von Leuten sich aus den bewilligten Summen zu viel auszahlen ließen. Diesen gegenüber will die Regierung weitgehende Nachsicht üben. Gemäß wollen auch wir nicht kleinlich sein, aber etwas anderes als Kleinlichkeit ist es, daß man Leuten entgegentritt, die in betrügerischer Weise zu viel Geld erhoben haben. Diese Schädigung der Reichskasse darf nicht ungerügt hingehen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die gemeinen Soldaten haben gewiß keine Gelegenheit gehabt, mehr zu beziehen, als ihnen zuzufloß. Man muß daher fragen, wer denn die Leute sind, die zu viel bezogen haben. Bräutigam läuft die Vorlage auf die Deduktion einer Menge von Unordnung und Unrechlichkeit hinaus. Wir werden deshalb dagegen stimmen. (Lebhafter Zustimmung bei den Soz.)

Abg. Freyberg v. Gamp (Rp.): betont, daß die Vorlage einer Initiative des Reichstages entspricht.
Abg. Goerke (nat.): Herr Roske hat selbst zugegeben, daß im Kriege nicht für jeden Pfennig quittiert werden kann. Ich bitte Sie, das Gesetz der Rechnungscommission zu überweisen. Staatssekretär Dernburg versichert, daß in Zukunft die Rechnungen ganz genau beigetragen werden sollen. Für die Vergangenheit sei das zum Teil garnicht mehr möglich, soweit die Beteiligten im Kriege umgekommen seien. Der unbedachte Vorwurf, daß sich Soldaten auf Kosten der Steuerzahler bereichert hätten, müsse entschieden zurückgewiesen werden. (Bravo! rechts.)

Das Gesetz geht an die Rechnungscommission. Ein Nachtragsetat betreffend Verkauf eines Teils des Tempelhofer Feldes geht an die Budgetkommission.

Es folgt Fortsetzung der zweiten Beratung der Kotierungsgesetze.

Abg. Freyberg v. Gamp (Rp.): Bei den Aktien mit Terminhandel ist eine Kotierungsteuer in gewissem Umfang berechtigt, aber man darf einer Besitznehmer das Prinzip des einheitlichen Treffens jedes Wertes nicht außer acht lassen. Wie

kann man an den Staatspapieren und Hypotheken vorbeigehen, wenn man die Pfandbriefe befristet? Wie kann man an den Gesellschaften mit beschränkter Haftung vorbeigehen, wenn man die Aktiengesellschaften befristet? Das alles ist doch ganz unmöglich. Ich gebe zu, daß das mobile Kapital zu wenig belastet ist gegenüber dem in Handel, Industrie und Landwirtschaft tätigen Kapital, und wir wollen in der Kommission sehen, ob ein Ausgleich zu ermöglichen ist. (Hört, hört! links, Bravo! bei der Rp.)

Abg. Dove (Rp.): Auch wir wollen das mobile Kapital besteuern, aber zusammen mit dem immobilien Kapital. Wir wollen nicht die Erwerbstätigkeit besteuern, auch nicht die Ersparnisse derjenigen, die sich ihr Leben lang geübt haben, sondern wir wollen auf jede Erbschaft schreiben: "Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen." (Bravo! links.)

Abg. Raab (Antif.): Die Regierung möge auf uns hören und nicht auf den Hansbuden. Hinter ihm steht die Masse, am allerwenigsten der Mittelstand. Das wäre auch ein Verhältnis wie zwischen Wolf und Lamm.

Abg. Graf Mielezinski (Pole) spricht sich im Namen seiner Freunde für die Kotierungsteuer aus.
Abg. Dr. Weber (nat.) stellt gegenüber dem Abg. Müller-Fulda fest, daß der frühere nationalliberale Abg. Büsing niemals für eine Kotierungsteuer eingetreten ist.

Abg. Müller-Fulda (Rp.) weist den Nationalliberalen Frontwechsel vor.

Abg. Dr. Roedike (konf.): Wozu ist immer von ausländischen Papieren die Rede? Gute Patrioten kaufen inländische Papiere. Das Geld muß im Lande bleiben. (Stürmische Heiterkeit links, Rufe: Das Getreide auch!) Das ist ganz etwas anderes. (Lauter Lachen links.)

Abg. Mommsen (Rp.): (von der Rechten mit Heiterkeit) Die Mitglieder des Reichstages empfangen: Die besten Gründe der Regierungsvorrede und der Redner der Linken verlangen nicht mehr. Die vorzüglichsten Ausführungen des Reichsbankpräsidenten sind von der Rechten garnicht angehört worden. (Zumut rechts.) Mit Herrn Roedike ist nicht zu diskutieren. Die ganze Folge Ihrer Finanzpolitik ist, daß wir die Leute jetzt nicht mehr verhindern können, an der Londoner Börse zu spekulieren. Dort greift die Gesetzgebung nicht so unvernünftig in den Verkehr ein. Und dabei sagt man von der Rechten, das deutsche Publikum soll inländische Papiere kaufen! Ja, Herr Kollege Roedike, das predigen wir dem Publikum seit langem. Es hilft aber nichts, wenn unsere Staatspapiere wegen der schlechten Reichsfinanzen so niedrig im Kurse stehen. (Wärmender Widerspruch rechts.) Ah, meine Herren, wollen Sie das betreiben? Ja, warum sollten wir denn bis in den Himmel hinein, wenn nicht wegen der Finanzen? (Lebhafter Zustimmung links, Schweigen rechts.) Sie beschließen eine Vermögenskonfiskation im großen, um einen kleinen nicht opferwilligen Teil der Bevölkerung vor der Erbschaftsteuer zu bewahren. (Loben rechts, Sehr gut! links.)

Die Steuerentziehungen auf dem Lande mögen ja nicht immer die Absicht der Defraudanten sein. Es ist doch zu einer Art Volksgewohnheit gekommen, dem Staate gegenüber sein Einkommen möglichst klein anzugeben. (Unruhe rechts.) Wir sind sogar Fälle bekannt, wo Landwirte, die zuerst richtig deklarieren hatten, nachher unter dem Druck dieser Volksgewohnheit sich veranlaßt sahen, ihre richtige Deklaration zurückzugeben und eine falsche dafür abzugeben. (Großer Lärm rechts, stürmische Zwischenrufe: Namen nennen!) Es wäre an der Zeit, diesen sich immer mehr verbreitenden durch positive Untersuchungen auf den Grund zu gehen. (Andauernder Lärm und laute Psi-Rufe rechts, leb. Beifall links.)

Vizepräsident Dr. Baasche: Psi-Rufe sind nicht zulässig.

Abg. Mommsen (fortf.): Vom politischen Standpunkt ist uns ein Unterlegen unter dieser Mehrheit lieber, als ein fauler Kompromiß. (Bravo! links.) Die Bewegung, die mit dem Landabund einigte (Lärm rechts), werden Sie nicht mehr los. (Leb. Beifall links.)

Abg. Dr. Roedike (konf.): Herr Mommsen nimmt sich heraus, auf unbewiesene Behauptungen hin einen ganzen Stand zu verächtlichen. (Leb. D, o! links.) Er wirft den Landwirten gewohnheitsmäßige falsche Einkündigungen vor. Dabei wird die Buchführung in der Landwirtschaft immer sorgfältiger. (Lächler links.) Wenn kein Einkommen vorhanden ist, so ist

es doch direkt eine Verbunkelung der Tatsachen, eines zu bella-rieren. (Große Heiterkeit links.) Es gibt unter den Landwirten genug Leute, die sagen: Wir haben zwar kein Einkommen, aber Einkommensteuer wollen wir doch zahlen. (Schallende Heiterkeit.) Wir können vom Herrn Mommsen verlangen, daß er Namen nennt. Sonst handelt er nach dem Spruch: "Nur immer frech verleumden, etwas bleibt immer hängen". (Leb. Bravo! rechts, Bischen links.)

Damit schließt die Debatte. Die Abstimmung über Absatz 1 ist eine namentliche und ergibt die Annahme des Absatzes mit 203 gegen 155 Stimmen bei einer Enthaltung. (Bravo! rechts.) Die übrigen Abschnitte werden fast debattelos angenommen.

Ein Antrag auf Vertagung wird angenommen.
Vizepräsident Dr. Baasche: Auf meine Anfrage hat der Staatssekretär des Innern erklärt, daß die Regierung bereit ist, die Interpellation Abrecht u. Gen. betreffend Lebensmittelverteuerung vom 20. Juni ab zu beantworten. Sie wird daher an diesem oder einem der folgenden Tage auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Ich schlage vor, die nächste Sitzung morgen um 2 Uhr zu halten und die Fortsetzung der heutigen Beratung auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. Singer (Soz.): Ich danke dem Herrn Präsidenten für seine Bemühung beim Herrn Staatssekretär. Ich möchte aber darauf aufmerksam machen, daß dieses Verfahren nicht der Geschäftsordnung entspricht. (Sehr richtig! bei den Soz.) Diese schreibt ausdrücklich vor, daß von Interpellationen dem Reichstagspräsidenten Mitteilung gemacht werden muß, daß sie dann auf die nächste Tagesordnung zu setzen sind und daß es von der Antwort der Regierung abhängt, ob und wann sie beantwortet werden. Ich will mich in diesem Moment mit diesen Bemerkungen begnügen, möchte aber betonen, daß es im Interesse aller Parteien liegt, daß wir zur alten Gewohnheit, die die Geschäftsordnung vorschreibt, zurückkehren. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wozu haben wir die Geschäftsordnung? Die Absicht ihrer Bestimmung ist doch eine öffentliche Erklärung der Regierung herbeizuführen. Wenn diese schriftlich erfolgt, so entspricht das nicht der Stellung des Reichstages und bedeutet auch eine Verzögerung. Von jetzt ab werden wir darauf bestehen, daß Interpellationen geschäftsordnungsmäßig behandelt werden.

Vizepräsident Dr. Baasche: Ich gebe zu, daß, wenn der Antrag von Seiten der Interpellanten gestellt werden wird, der Geschäftsordnung entsprechend verfahren werden muß.

Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung.)
Schluß 6 Uhr.

Preussischer Landtag.

Serrenhaus.

15. Sitzung vom 22. Juni, mittags 1 1/2 Uhr.

Am Ministertisch: Delbrück, Frhr. v. Rheinbaben, v. Welsen. Präsident Frhr. v. Manteuffel eröffnet die Sitzung.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die vom Abgeordneten-hause verabschiedete Novelle zum Vergeleß.

Die Kommission des Herrenhauses hat an der Fassung des Abgeordnetenhauses nur insoweit eine Änderung vorgenommen, als die Verhältnismahlen der Sicherheitsmänner und Mitglieder der Arbeiterausschüsse nicht obligatorisch, sondern fakultativ sein sollen.

Verichterstatter Dr. Wachler empfiehlt namens der Kommission die Annahme der Vorlage.

Dr. v. Burgsdorff erklärt, daß seine Freunde nicht mit allen Einzelheiten einverstanden seien und speziell gegen die Einführung von Arbeiterkontrollen Bedenken hätten. Mit ziemlicher Sicherheit kann vorausgesetzt werden, es werden immer nur Sozialdemokraten gewählt werden. Wer am besten gehen und aufwiegeln kann, wird den Arbeitern der liebste sein. Dabei werden die Arbeiterkontrollen die Unfälle im Bergbau nicht verhindern können. Vor allem Dingen birg gegen Arbeiterkontrollen, weil ich darin den ersten Versuch der Arbeiter, die Leitung der Betriebe in ihre Hand zu bekommen, erblicke. (Sehr richtig!) Die Vorlage ist eine Blume auf dem liberalen Wege, den die jetzige Regierung wandelt. Eine andere Blume ist die Erbschaftsteuer. Beide Blumen werden be-

das haben Sie doch, lieber Doktor," sagte Dankeberg aufge-bracht, erhob sich nun, legte dem Stod mit einem Klaps auf den Tisch und ging erregt durchs Zimmer. "Das weiß ich allein, daß ich für Geld die großen Sünder bekomme, die in Moabit von Schwurgericht zu Schwurgericht rumlaufen und die goldenen Ökner piden. Aber ich bin nur einmal auf Sie verfallen, und dann leben Sie, lieber Herr Felix."

Er lenkte wieder ein und stützte sich mit beiden Händen auf die andere Blatte des Doppeltisches.

— Ichem Sie, Sie werden die Sache mit Gemüt machen, sozagen mit Familienetier, und dann ist das Spiel schon halb gewonnen. Er dampfte seine Stimme und raunte ihm trachzend zu: "Sie können doch in alles eingeweiht werden, I b n e n kann ich doch Schoten erzählen, die man nicht gern anderen anvertraut. Ohne Verdrehungen geht's nun einmal bei Gericht nicht ab. Wer mich reinlegen will, den lege ich zuerst rein. Und wer die meisten Spitzfindigkeiten verteilt, der hat die Lader auf seiner Seite. Die Welt will nun einmal betrogen sein, deshalb muß man immer Sand in der Taube haben, um ihn in die Augen der anderen zu streuen."

Während er seine Moral wieder enthüllte, ließ er das Spiel seiner kleinen Augen eifrig hin- und hergehen, denn er empfand wieder die alte Schen vor Trolas ruhigem Bild. Als aber dieser immer noch nicht sprach, legte er das Schweigen anders aus. Und so kam er auf den Einfall, einmal gehörig auf den Chagel anzupfeifen.

Danken Sie doch Ihrem Schöpfer, daß Sie von vornherein gleich so eine fihliche Sache haben. Da können Sie sich einmal austoben und dem Staatsanwalt 'ne Ruß aufzutraden geben. Wenn's wirklich ich mit mir gehen sollte, kommt Ihr Name in alle Zeitungen und Sie sind ein gemachter Mann. Was meinen Sie, wer alles zu Ihnen kommen wird. Haben Sie 'ne Ahnung! Mancher faule Kunde gibt gerne ein Tugend graue Lappen, um vor'm Anst bewahrt zu bleiben."

Dieses häßliche Wort vertrieb Trola in Bewegung, denn er erinnerte sich daran, wie er es zum ersten Male aus demselben Munde gehört hatte. Nein, diesem Manne wollte er nicht helfen — weder für Geld noch für gute Worte. Was für ein durchtriebener Schlingel dieser Patron, der seinen eigenen Schwieger-sohn in den Schlamm seiner niedrigen Denklungsart hineinsiechen wollte, um ihm das Ervöten zu nehmen!

Endlich sagte Trola gerade heraus, daß er auf alle diese ver-lörenden Ausflüchte verzichten müsse.

Schon gelb im Gesicht vor Ärger, glaubte Dankeberg noch einmal einlenken zu müssen. "Sie können doch gar nicht mehr zurück! Es hat doch schon in den Blättern gestanden, daß Sie meine Verteidigung übernehmen würden," meinte er mit merkwürdiger Einfalt.

Trola lachte nur leicht auf und schüttelte nur spähig mit dem Kopfe.

"Sie wollen also nicht?" fauchte ihn Dankeberg jetzt an.

Verbundene Augen.

Roman von Max Kreher.

(Nachdruck verboten.)

Am anderen Vormittag nahm Trola Einblick in die Akten der Voruntersuchung.

Ein Gymnasialprofessor hatte Dankeberg denunziert. Der Anfang der Beziehungen lag bereits fünfzehn Jahre zurück. Damals hatte noch Dankeberg auf eigene Faust operiert, als er nur kleine Darlehen gegen Wucherzins an Beamte gab. Schauerweise ließ er sich stets ein Schriftstück ausstellen, in dem stets betont werden mußte, daß der Gelddarlehner sich in keiner Notlage befinde und daß er sich freiwillig zu einem etwas erhöhten Zinsfuß bereit erkläre.

Da bei derartigen Geschäftssandlungen niemals Zeugen vorhanden waren, so konnte auch über die Höhe der Wucherzinss von dem Darlehensnehmer selten Genaues bewiesen werden. Dankeberg ließ den anderen einfach schreiben und gab das Geld nicht eher, bevor nicht seine Erwartungen erfüllt waren. Dann erst, wenn er das Papier in Händen hatte, legte er die Summe auf den Tisch, die im Durchschnitt nur zwei Drittel vom dem betrug, wozu man auf drei Monate sich verpflichtet hatte.

Als junger Oberlehrer bereits war der Professor Dankeberg in die Hände gefallen. Im Laufe der Jahre hatte er an ihm gebunden wie der Schiffbrüchige an schwacher Plante, die durch unbedachtame Bewegung den sicheren Tod bereitet. Unter dem Notdruck des Augenbids hatte er über seine Kräfte gestellt, wieder nehmen müssen, um die alten Verbindlichkeiten teilweise zu beden, und schließlich stets aus neue oder rüber geschoben, diesen unerlöschlichen Schlund des Wuchers beinahe bis zum Rande zu füllen.

Nun konnte er nicht mehr weiter, sah er den Abgrund vor Augen, der ihm wie ein erlösendes Jdyl gegen seinen und seiner Familie Ruin erschien. Es war die Tragödie eines Menschen, der unter der Szeptische seines Glaubigers endlich trafilos zusammenbrach.

Durchdringt wie Kristall war die Entwicklung dieser Tragödie aufgebaut, begründet durch eine Unmenge wertlos gewordener Akte, die von kleinen Summen sich schließlich bis zu einer fetten fünfstelligen Zahl ausgedehnt hatten, gleich einer all-mählich emporgerichteten riesigen Leiter, deren Anblick denjenigen betäubt, der ihre oberste Sprosse erklimmen soll.

Endlich hatte Dankeberg die Schlinge fest und sicher zugezogen, so daß kein Entrinnen mehr möglich war. Der Professor hatte einen Vergleich angeboten, der aber nicht angenommen wurde. Dann hatte er, unter Sicherleistung von befreundeter Seite, in einer Stunde großer heftiger Erregung die Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet.

Trolas juristischer Scharfsinn entdeckte sofort, daß direkt

Beeweie nicht vorlagen, daß der Staatsanwalt aber aus zahl-reichen Verdachtsmomenten sich ein schönes Gebäude zur Er-hebung der Anklage wegen fortlaufenden, gewohnheitsmäßigen Wuchers konstruieren konnte, trotzdem viele Fälle bereits ver-jährt waren.

Er machte sich seitenlange Anzüge, mehr der Wissenschaft wegen. Denn erläuterte durch das offene Fensterntnis eines hochgebildeten, mit gerrüttelten Verhältnissen ringenden Man-nes, ging er mit dem feinen Vorsch nach Hause, Dankeberg nach-träglich ein Bein zu fagen.

Im Tage darauf, nachmittags, trat der Alte wieder zu ihm ins Bureau, denn er hatte vor oben, aus dem zweiten Stod, etwas lauten hören, daß die Sache für Trola spruchreicht wäre.

"Nun, lieber Schwiegersohn, wie steht's? Schließen Sie los." Aus seinem sicheren Auftreten sprach große Hoffnung, die auch seinem Gesicht wieder eine andere Farbe gegeben hatte. Er schien ruhiger geschlafen zu haben, sich wohl zu fühlen bei dem Gedanken, seine Sache in vertrauten Händen zu wissen.

Um so bleicher war nun Trola, dem es nicht leicht wurde, seinen Entschluß zu verkünden. "Ich möchte Ihnen doch raten, sich einen anderen Anwalt zu nehmen," sagte er ausweichend.

Sofort witterte Dankeberg das Nichtigke. "Weshalb?" fragte er mit veränderter Miene.

"Gerade heraus gesagt, Herr Schwiegervater — ich bin nicht im Stande, Ihre Sache zu führen."

"Und der Grund, he?"

"Den eriparen Sie mir, bitte, lieber."

"Aber Sie haben doch schon die Vollmacht von mir."

"Ich gebe ich Ihnen wieder zurück. Hier ist sie."

"Ich bestche jetzt aber darauf, daß Sie das Mandat behalten."

Die Hände auf den Stod gestützt, blickte er fest auf Trola, wieder bereit, ihm seine schlimmen Seiten zu zeigen.

"Sie können mich nicht zwingen dazu, Herr Schwiegerpapa."

Ich muß bei meiner Bitte bleiben."

Blöhlend glaubte Dankeberg in seinen Augen etwas zu lesen, das wie erwiderte Furcht ausah. "Steht es schlimm?" fragte er gedämpft und lauernd.

Um ihn los zu bekommen, hielt es Trola für besser, ihm Angst zu machen. Und so erwiderte er ernst: "Sehr, sehr ... Deshalb gerade möchte ich Ihnen raten, sich einen gewiegten Verteidiger zu nehmen, der in solchen knifflischen Dingen bereits mit Erfolg vertreten hat."

"Ach, Ausreden!" brauste der Alte auf, in dem das Miß-trauen wieder rege wurde.

"Lassen Sie sich die Sache etwas kosten, dann ist auch Aus-sicht für Sie vorhanden," fuhr Trola unbeirrt fort. "Gehen Sie doch zu Dem oder Dem ..."

Er nannte die Namen einiger berühmter Verteidiger, auf die in derartigen Sensationsprozessen die Augen aller Beteiligten gerichtet waren.

"Was die Quasellköpfe können, können Sie schließlich auch."

Zu solcher Sache gehört nur Mut, Scharfsinn und Witz. Und

grüßt den Bebel bis Wassermann. Ich gratuliere der Regierung zu dieser Gefolgshaft.

v. Buttlar: Ich möchte wünschen, daß die Regierung recht hat und daß sie mit dieser Vorlage die Seelen der Bergarbeiter gewinnt, namentlich die christlichen Gewerkschaften auf ihre Seite bringt. Vor weiteren sozialpolitischen Maßnahmen möchte ich warnen, ebenso vor der Übertragung der Vergesellschaftung auf das Reich. (Beifall.)

Handelsminister Delbrück: Die Auffassung des Grafen Burgsdorff ist falsch. Die Kunst wahrer konservativer Politik ist es nicht, sich lediglich gegen das zu wehren, was unabwehrbar aus entgegengesetzter, sondern sie liegt vielmehr darin, den Strom der Ereignisse, der uns entgegentritt, zu fassen, in der Hand zu halten und so zu lenken, daß er keinen Schaden anrichten kann. Die Sozialdemokratie hat die Kluft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer groß gemacht, aber wir müssen dafür sorgen, daß diese Kluft nicht unüberbrückbar wird. Das ist das Ziel dieser Vorlage und wenn Sie sie annehmen, erwerben Sie sich damit ein großes Verdienst.

Geheimrat Dr. v. Schmoller: Die Ausführungen des Herrn v. Burgsdorff lauten nicht unwiderlegbar. England verbaut sowohl seine Arbeiterschutzgesetzgebung, wie die Erbschaftsteuer den christlichen Tories, den Hochkonservativen. Die Arbeiterkontrollen haben sich im Saarrevier längst bewährt und sollen durch die Vorlage allgemein eingeführt werden. Die Sozialdemokratie wird durch die Vorlage nicht gefördert, sie enthält in dieser Beziehung zu viele Kautelen, daß man sagen könnte, sie sei von einem Sicherheitskommissarius ausgearbeitet. (Beifall.)

Hierauf wird die Vorlage auf Antrag des Geheimrats Dr. Schmoller gegen vereinzelte Stimmen angenommen.

Es folgt die Beratung der vom Abgeordnetenhaus schon angenommenen Stempelsteuervorlage.

Die Kommission des Herrenhauses hat die Vorlage in der Fassung des Abgeordnetenhauses in einigen Punkten geändert. Sie hat den Fahrkartensattel gestrichen und die Gebühren für Nacht- und Mietverträge anders abgestuft. Ein Mietstempel wird schon von Mieten in Höhe von 300 Mk. an erhoben, während Mietzinsen von mehr als 7000 Mk. durchweg mit einem Stempel von 1 Prozent belegt werden. Auch bei dem Jagdpachtstempel hat die Finanzkommission erhebliche Veränderungen an den Abgeordnetenhausbestimmungen vorgenommen. An Stelle einer Skala ist die Bestimmung gesetzt worden, daß alle Jagdpachtverträge bis zur Höhe von 4000 Mk. mit einem Stempel von 5 Prozent, alle höheren mit einem solchen von 7½ Prozent besteuert werden sollen. Außerdem hat die Kommission die Steuerbefreiung bei der Automatensteuer auf die zu Kleingewerblichen Zwecken dienenden Automaten ausgedehnt.

v. Büch-Garmow bedauert, daß die ursprünglich von der Regierung in Aussicht genommene Gesellschaftsbesteuerung auf dem Widerstand des mobilen Kapitals gescheitert sei und nichts übrig geblieben sei, als die Stempelsteuer zu erhöhen.

v. Salich befürwortet eine Einführung der Waffenscheine für die ganze Monarchie und dann eine Steuer auf diese Waffenscheine zu legen.

Graf v. Mirbach: Die direkten Steuern, zu denen die Stempelsteuern noch gehören, haben eine Höhe erreicht, daß man zweifelhaft wird, ob nicht in der Beibehaltung der Steuer zu viel gegeben ist. Neben befürwortet eine Ermäßigung des Fideikommissstempels, die unbedingt bei der in Aussicht stehenden Neuregelung des Fideikommisswesens erfolgen mußte.

Graf v. Hutten-Capozzi widerspricht dem Vorredner. Die Gründung von Fideikommissen ist ein Luxusartikel, der der Besteuerung unterworfen werden mußte. Nach wenn er erhalten wird und seine Bezahlung verteilt wird, kann er sehr gut getragen werden.

Damit schließt die Generaldebatte. Der Gesetzentwurf selbst wird mit einem Antrag Bebel ohne Diskussion angenommen, wonach für die am 1. Juli 1909 im Gebrauch befindlichen Automaten und Musikwerke die Karte für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1909 innerhalb des Monats Juli zu lösen ist. Bei der nun folgenden Beratung des Stempelsteuergesetzes stellt Geheimrat Bebel den Antrag, Warenautomaten nicht nach dem Ertrage, sondern nach der Zahl der Warenbehälter zu besteuern, und zwar sollen von Warenautomaten mit 1 bis 2 Behältern 1 Mark, mit 3 bis 4 Behältern 2 Mark und mit mehr als 4 Behältern 3 Mark Steuer erhoben werden. Weiter will der Antrag die Stereotyp-, Schau- und Scherzautomaten mit 3 Mark Steuer belegen. Endlich sollen Musikwerke, Grammophone usw. ebenfalls nicht nach dem Ertrage, sondern nach dem Anschaffungspreis oder dem Wert des Musikautomaten bei einem Apparat von nicht mehr als 100 Mark mit 2 Mark, bei 101 bis 300 Mark mit 3 Mark, bei 301 bis 500 Mark mit 5 Mark, bei 501 bis 1000 Mark mit 10 Mark, bei 1001 bis 2000 Mark mit 20 Mark, bei 2001 bis 3000 Mark mit 30 Mark, bei 3001 bis 4000 Mark mit 40 Mark und bei einem Wert von mehr als 4000 Mark mit 50 Mark Steuern belegt werden. Alle anderen Automaten sollen einer Besteuerung von

1 Mark unterliegen. Dagegen sollen die zu Kleingewerblichen Zwecken dienenden Gas- und Elektrizitätsautomaten steuerfrei bleiben.

Nachdem sich Graf v. v. Eulenburg und der Finanzminister mit diesem Antrage einverstanden erklärt haben, wird der Antrag Bebel angenommen.

Die Stempelsteuern für Namensänderungen werden nach der Fassung des Abgeordnetenhauses angenommen mit einem Zusatz des Oberbürgermeisters Ehlers-Danzig, wonach, wenn ein fremdsprachlicher Name in einen deutschen umgewandelt wird, der Stempel erlassen werden soll.

Es folgen die Stempelsteuern für die Nacht- und Mietverträge einschließlich der Jagdpachtverträge. Nach kurzer Debatte wird ein Antrag des Grafen Kaplerling angenommen, der für Jagdpachten im Werte von 300 bis 1000 Mark eine neue Zwischenstufe schafft und als Stempel hierfür 3 Prozent vorschlägt. Außerdem wird ebenfalls nach einem Antrage des Grafen Kaplerling beschlossen, die Stempel für gemeinlichliche Jagden auf ½ Prozent herabzusetzen. Finanzminister Dr. v. Reibbein hat sich mit diesen Anträgen einverstanden erklärt, die eine Annäherung an die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses darstellen. Schließlich wird angenommen ein Antrag des Grafen v. Eulenburg, der die steigende Skala der Steuer für Nacht- und Mietzinsen von mehr als 3000 bis 22000 Mark nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses wiederherstellt. Der Rest des Gesetzes, auch der Beschluß der Kommission auf Anhebung des vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Fahrkartensattels, wird debattelos genehmigt. Die Vorlage wird in der Gesamtsitzung angenommen. — Schließlich wird gegen den Widerspruch des Finanzministers eine Resolution Salich, die eine einheitliche Regelung der Bestimmungen über die Waffenscheine und eine angemessene Besteuerung derselben befürwortet, mit knapper Majorität angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr: Petitionen, kleinere Vorlagen, Sekundärbahnvorlage.

Schluß: 5¼ Uhr.

Partei Nachrichten.

Von den Geldquellen der Sozialistischen Monatshefte. Genosse Oppizius (Frankfurt) teilt dem „Vorwärts“ folgendes mit:

„Leider komme ich aus rein persönlichen Gründen erst jetzt zur Erledigung dieser liebigen Angelegenheit, wofür ich insbesondere Genossen Bebel um Entschuldigung bitte.“

Ganz kurz vor Beginn des Parteitages 1905 kam Genossin Mundt zu mir, empfahl mir einen hiesigen älteren Genossen. Sie trug mir eingehend die Geschäftslage der „S. M.“ vor und nannte mir eine beträchtliche Summe, wenn ich mich nicht richtig erinnere: 1000 Mark, mit der sie Frankfurt eingekauft habe. Es war auch von anderen Städten die Rede, aber das gehört nicht hierher. Nach der Angabe des empfehlenden Genossen habe ich Verbindungen in geheimeren, bemittelten Kreisen, und sie hat mich deshalb, ihr deshalb fröhlich zur Seite zu stehen. Zunächst teilte ich der Genossin mit, daß ich durchaus nicht immer mit der Haltung der „S. M.“ einverstanden, allerdings — damals — auch kein so scharfer Gegner wie mancher andere sei. Ich glaube es ganz auf mit meinem Prinzip vereinigen zu können, für die „S. M.“ als wissenschaftliches Unternehmen in gewissem Sinne tätig zu sein. Allerdings sei es selbstverständlich, daß solche Beträge, um die es sich hier handelt, nur zum allergeringsten Teil von Parteigenossen kommen könnten, sondern ich müßte mich an Leute wenden, die wohl ein sehr weitgehendes sozialpolitisches Verständnis und soziales Pflichtgefühl haben, aber für eine ausgebreitete sozialistische Propaganda kein Geld gäben, in diesem Fall aber des wissenschaftlichen Charakters wegen wohl zu geben seien; einige von ihnen seien auch Litter der „S. M.“. Adressen erhielt Genossin Mundt von mir gar keine, andererseits glaubte ich, ihr bis zu 600 Mk. verschaffen zu können. Ich will hier vornehmen, daß ich sehr rasch in der Lage war, über bis zu 300 Mk. verfügen zu können, daß ich aber das Geld dann nicht erbot und zur Abendung brachte. Nach einer Rücksprache mit dem schon erwähnten Genossen erfuhr ich dann, daß die Genossin Mundt im Besitz einer ziemlich umfangreichen Liste hiesiger reicher Leute war und teilweise schon Gebrauch davon gemacht hatte. Das machte mich stutzig, um so mehr, als Namen darunter waren von deren Trägern mir auch nicht die allergeringste sozialistenfreundliche Gefinnung bekannt war. Zu den Herren, die ich angehen wollte, gehörten auch die Herren Hallgarten und Stadtrat Reich. Als ich nun bei Gelegenheit einer sonstigen gemeinsamen Vereinstätigkeit die Sache zur Sprache brachte, empfingen mich beide Herren mit einem so eigentümlichen Lachen, daß ich mir sofort sagte, ehe nur ein Wort gefallen war: Waa, hier war die Genossin auch schon. Hallgarten sagte dann in fröhlicher Stimmung:

„Die Dame scheint ganz gut orientiert zu sein und eine lebhaftige Tätigkeit in Frankfurt entwickelt zu haben, ich habe übrigens einen Betrag überwiesen.“ Stadtrat Reich äußerte sich, meiner Erinnerung nach, nicht weiter zur Sache. Es war dann auch zwischen uns Dreien, bis auf die zollfreien Gedanken, erledigt.

Genossin Mundt hatte mir bei ihrem Besuch nahegelegt, es sei ihr lieb, wenn sie das etwa von mir gesammelte Geld nach Beendigung des Parteitages in Empfang nehmen könne. Später aber hat sie mich brieflich, das Geld nach Berlin zu senden, und da ich dies, wie schon ausgeführt, unterließ, so kam sie nach einiger Zeit nochmals persönlich. Bei diesem zweiten Besuch hat die Genossin jedenfalls bemerkt, daß ich trotz aller Höflichkeit der Sache keine Sympathie mehr entgegenbringe. Bei Gelegenheit eines Besuchs habe ich dann dem mir seit dem Eisenacher Kongreß (August 1899) befreundeten Genossen Bebel von der Sache erzählt. Auf diese Weise komme ich zur Auskunft, die ich auf Grund meiner Erinnerungen so gewissenhaft als möglich erstattet habe.

Eine kleine Bemerkung sei mir noch gestattet: Hätte ich das Geld damals abgegeben, so wäre es doch wahrscheinlich unter meinem Namen gebucht worden, also unter dem Namen eines Parteigenossen. Wie hätte nun die schärfste Revision herausgefunden, daß das Geld nicht in der Hauptsache von Parteigenossen herrührte, wie es der Geschäftsführerin allerdings bekannt gewesen wäre? Müßige Frage, ich habe es ja nicht geschildert.

Ausschluß aus der Partei. Eine außerordentliche Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den Reichstagswahlkreis Dortmund-Süd am Sonntag in Hörde beschloß, gegen die früheren Genossen Schirmer, Schlichte, Besser, Buchmann, Oberhaus und Sielmann das Ausschlußverfahren einzuleiten. Die ersten vier hatten als Vorstandsmitglieder der Partei gebuhlet, daß der bekannte Anarchosozialist Vater-Berlin in einer Jubiläumsfestschrift der Hölle Bradel über Zentralverbände und Sozialdemokratie sprach. Die Veranstalter wurden vorläufig gestrichen und haben in der Zwischenzeit bereits eine freie Vereinigung der Bergarbeiter in Bradel gegründet. Die vier bisherigen Genossen waren vor der Generalversammlung geladen, um sich verteidigen zu können. Der Einladung Folge leisteten jedoch nur Schirmer und Schlichte. Beide bestritten, sich gegen die Partei vergangen zu haben, erklärten aber auch, daß sie die anarchosozialistische Propaganda weitertreiben würden. Gegen die beiden letzteren war das Ausschlußverfahren beantragt worden, weil sie ebenfalls mit den Anarchosozialisten sympathisierten und durch Verbrechen von unwahren Gerüchten und Hezereien gegen die Parteigenossen die Partei erheblich geschädigt haben. Der Ausschlußantrag gegen den Genossen Schirmer, der bei der Nachtung des Dortmund-Gewerkschaftsbundes materielle Vorteile gehabt haben soll, wurde abgelehnt und eine Untersuchungskommission eingesetzt, welche die diesem Genossen gemachten Vorwürfe unteruchen soll.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Saison. Jetzt beginnt die schöne Ferienzeit, auf die sich Hunderttausende von Schulkindern freuen. Aber auch für die Erwachsenen hat das Wort Ferien seinen Reiz durchaus nicht verloren. Unzählige paden in diesen Tagen ihre Koffer, um der Großstadt zu entfliehen. Namentlich sind es die Leute aus der „besten Gesellschaft“, bei denen es zum guten Ton gehört, den Sommer in Badorten zuzubringen, wo sie sich von den Strapazen der Ball- und Theater-Saison erholen.

Neben diesen ziehen aber auch Tausende aus anderen Bevölkerungsschichten in die Saisonplätze, Lustkurorte aller Art, aber nicht zu ihrem Vergnügen, sondern um zu arbeiten, sehr schwer zu arbeiten. Hierzu gehört vor allem das Bedienungspersonal der Hotels, Restaurants usw., Kellner, Köche, Hausdiener, Zimmermädchen usw. Viele von diesen Proletariats haben einen trüben Winter hinter sich. Oft waren sie monatelang heillos und hoffen nun, in einer „guten Saison“ ihre heruntergekommenen Finanzen wieder etwas aufzubessern. Ehe sie aber Stellung erhalten, müssen sie dem Stellungsvermittler 10, 20, ja sogar 50 Mk. bezahlen. Um das zu ermöglichen, wird oft die letzte Habe verpfändet, das Reisegeld wird gepumpt und nun geht's ins Bad — vierter Güte natürlich.

Wer aber glauben sollte, daß von den Glückseligkeiten, die an diesen Stätten der Lust und Freude herrschen, auch ein Schein auf die Angestellten abfällt, der würde sich hart irren. Obwohl die Saison höchstens drei Monate, vielleicht noch kürzer, dauert, obwohl die Angestellten hier in der Regel einen 18stündigen Arbeitstag zu absolvieren haben, gibt es auch hier für das Bedienungspersonal in der Regel keinen Lohn. Verpflegung ist meist miserabel, als Lohis werden die elendesten Räume gerade gut genug erachtet, da jedes Mädchen gegen schweres Geld an die Gäste vermietet wird. Vielfach fördert man die Angestellten

Rein, ich will nicht.“

Viele Bestimmungen, die er nicht erwartet zu haben. Er antwortete nicht gleich, ging vielmehr wieder vor den Schreibtisch auf und ab, um sich zu sammeln. Dann aber fragte der Gesandte an ihm, Trolle verabschiedete ihn und hatte es deshalb unter seiner Würde, sich seiner anzunehmen. Und so plätschte es ihm giftig heraus: „Sind Sie deshalb von uns so lange über Wasser gehalten worden, damit Sie jetzt diese Saite aufspannen?“

Darüber bin ich nur Ihrer Frau Gemahlin Rechenschaft schuldig“, erwiderte Trolle, der seine Ruhe bewahrte.

„Was? Die hat nicht. Wir haben Sie alles zu verdanken, mir ganz allein. Haben Sie denn wirklich an den Himmel mit der Erbschaft geglaubt? Für so naiv hätte ich Sie nicht gehalten. Alles Geld stammt aus meiner Kasse. Sie haben mein Brot gegessen, also müssen Sie auch mein Lied singen.“

Schweigen trat ein. Dankelberg ging unbehörlich auf dem weichen Teppich zur äußersten Ecke des Zimmers. Dort angelangt wandte er seinen lauernden Blick dem Schreibtische zu, um die Wirkung seiner Worte zu erproben. Keine Spur von Scham in der Brust, wartete er nur auf die Minute, wo es ihm vergönnt sein würde, seine Gasse ganz und gar überlaufen zu lassen.

Trolle sah da wie unter dem starren Eindruck von etwas Unbegreiflichem Rein, dieser Mann dort hatte nicht gelogen, in diesen Minuten nicht. Es war das Vorrecht der Schulte, die Wahrheit zu sprechen, sobald sie die Seelen anderer morden wollten. Also alles Lug und Trug, sein eingefädeltes und gesponnenes, ihn zu beleidigen und zu erniedrigen. Wie einen brennenden Matel verpürte er das Bewußtsein, jahrelang vom Wucher gegossen zu haben. Er hätte schreien mögen, die ganze Welt anklagen, sich nach den Hentern zeigen, um ihnen zuzurufen: „Nehmt und feigt mich. Ich bin zu schlecht für diese Welt.“ Aber er brachte kein Wort hervor. Die Kehle war ihm trocken zugeschnitten und ausgebrannt, wie der Schlund eines nervös Erschrockenen, der am den Tod denkt und dabei doch völlig gesund ansieht.

Endlich fand er die Sprache wieder. „Ich bin Ihnen sehr verbunden für diese Mitteilung“, brachte er tonlos hervor. „Ich hatte nicht die geringste Ahnung davon. Aber wir werden eines Tages quitt werden.“

„Das hoffe ich“, warf Dankelberg noch ein und raffte seine Papiere zusammen.

Dann lachte er kurz und höhnisch auf. „Sie kommen mir doch noch, Herr Doktor.“

Trolle schied sich aus. Stolz und Ekel unterdrückten ihm die Antwort.

Der Alte nahm Hut und Stock und machte sich bereit zum Gehen. Mitten im Zimmer stehend, zog er an seinen schwarzen Handschuhen und überlegte dabei. Er wollte noch mit dem zweiten Geschoß zum Vorschein kommen, begann sich aber. Deshalb gleich alles Pulver verschicken. Besser, er gab diesem barten Kopfe erst noch Zeit zur Einkehr und bearbeitete ihm zwischen Frau und Tochter, damit sie ihren Einfluß zu seinen Gunsten geltend machten.

Noch einmal wandte er sich um. „Herr Doktor, wir sprechen uns noch. Ihre Weisheit ist von gestern, meine aber von heute. Ich bezahle mit meinem Geld, Sie mit Ihrer Moral. Wir wollen sehen, wer's länger aushalten kann.“

Mit dem Gefühl befriedigter Rache ging er hinaus.

Trolle senkte das Haupt über die verfluchten Hände und dachte an seine Mutter. Ewige Wahrheit kam nur von oben und über die Lippen derer, die unter Schmerzen nur an das junge Leben gedacht hatten. Es war ihm eine Wohlthat, minutenlang in dieser Lage zu verharren.

Dann raffte er sich auf zu neuer Arbeit.

(Fortsetzung folgt.)

Neue Luftschiffe.

Der Neuentwurf des Professors Schütte.

Der Danziger Techniker Professor Schütte hat, wie schon mitgeteilt, das Modell zu einem Luftschiff konstruiert, mit dessen Bau in kurzer Zeit begonnen werden soll. Hierzu wird dem „Berliner Tageblatt“ von jahrelangjähriger Seite geschrieben:

Das von dem Danziger Professor Schütte entworfene und im Modell bereits fertiggestellte größte Luftschiff der Welt ist von der bekannten Großindustrie-firma Lang in Mannheim erworben worden. Die nötigen Vorbereitungen und Vorarbeiten sind bereits getroffen, die Verträge abgeschlossen und die Lieferungen vergeben. Mit dem Bau des Luftschiffes selbst und der dazu gehörigen Halle wird in diesen Tagen begonnen werden. Auf Grund der bisher gemachten Erfahrungen, die man mit „Z. I.“, „Z. II.“, dem Paravel-Luftschiff und den Militärballons des halbfahrigen Systems gemacht hat, ist das Modell dieses neuen gewaltigen Luftkreuzers entworfen worden. Er gehört zum Typ der starken Klasse und wird die Doppelhüllen-Luftschiffe um 4000 Kubikmeter übertreffen, also 19000 Kubikmeter Wasserstoffgas aufnehmen können. Die Motorenkraft an Bord kann daher bedeutender sein und wird 500 bis 600 Pferdestärken betragen, so daß man wohl mit Recht auf eine Eigengeschwindigkeit von 50 bis 60 Kilometer in der Stunde wird rechnen können.

Das Gestell des Luftkreuzers wird aus diagonal übereinander gelegten leichten Holzern bestehen, die Innenseiten der Hüllen sind aus Goldschlägerlatten gefertigt, die sich durch ganz besondere Leichtigkeit und Gasdichtigkeit auszeichnen. Ein unschätzbare Vorteil ist die Verwendung von Holz zum Gerippe. Das Gekörbter Ungeklug ist bekanntlich zweifelsohne auf Luftschiffe die Erinnerung zurückzuführen, deren Entstehung durch die Anheftung von Metallmassen zum mindesten begünstigt wurde. Obwohl das Gebiet der Luftschiffahrt und ihr Zusammenhang mit Ballonfahrten durchaus noch nicht genügend erforscht ist, wird immerhin als erwiesen anzunehmen sein, daß zwischen beiden ein unmittelbarer, sogar unheimlicher Zusammenhang besteht, der schon genug Unglücksfälle herbeigeführt hat. Ein weiterer Vorteil in der Verwendung von Holz besteht darin,

daß ein solcher Luftkreuzer, bei dem möglichst alle Metallteile an der Hülle vermindert sind, gefahrlos mit funktentelegraphischen Apparaten versehen werden kann. Die Hülle wird in entsprechenden Dimensionen aufgeführt werden. Sie ist bereits abgeleitet und wird eine Breite von 60 Metern und eine Länge von 135 Metern haben. Auch der Höhensteuerung und der Erhaltung der Stabilität sollen neue Konstruktionsgedanken zugrunde liegen. Jedenfalls bedeutet die Herstellung dieses gewaltigen Typs der Luftflotte einen Fortschritt auf dem Gebiete der Aeronautik. In dem sehr abseits gelegenen Danzig, beschränkt durch seine einseitige Lage am Meer mit seinen Winden und Stürmen, konnten diese Versuche nicht unternommen werden. Für die im Herbst zu erwartenden Versuche erscheint Mannheim und das weite Jagdgebiet der Firma Lang bei weitem besser und günstiger. Die Windverhältnisse Mannheims, geschützt durch die Berge, seine zentrale Industrielage, wo alles nötige Zubehör, namentlich auch Gasfüllung, Motoren, Ballonstoffe schnell und in jeder gewollten Verfassung beschafft werden können, waren ausschlaggebend.

In gewissen fachtchnischen Kreisen bringt man dem Projekt einigen Respektismus entgegen, indem man bezweifelt, ob die Erfahrungen, die man bei einem 15000 Kubikmeter-Ballon gesammelt hat, auch für einen Ballonkörper mit 19- oder gar 20000 Kubikmeter Inhalt zureichen werden.

Der Siemens-Schuckert-Ballon.

Ueber den in kurzer Zeit seiner Fertigstellung entgegengehenden Siemens-Schuckert-Ballon werden folgende Einzelheiten mitgeteilt: Das Luftschiff, das nach dem unstarren System erbaut wurde, ist 125 Meter lang, hat einen Durchmesser von 13 Metern und einen Rauminhalt von 13000 Kubikmetern. Die Hülle, die bei Riebingen-Lugsburg in Arbeit gegeben worden ist, besteht aus dreifachem Stoff und wird in diesen Tagen fertig gestellt sein. Interessant ist die geplante Befestigung der drei Gondeln, die erheblich von der bisher üblichen abweicht. Sie hängen an zwei 70 Meter langen Stoffbahnen, die an Stelle der Fädelung verwendet werden. Diese Stoffbahnen, die in ihrer ganzen Länge die untere Hälfte des Gestrügers vollständig bedecken, sind an ihrem unteren Ende durch ein Gerüst verbunden und verflocht. An dem Gerüst sind die Gondeln unmittelbar befestigt; es enthält außerdem verschiedene Behälter für die Betriebsmittel. Der Vorteil dieser Konstruktion ist eine sehr gleichmäßige Belastung des Gestrügers, so daß selbst bei sehr wenig Ueberdruck ein Einknicken der Hülle vermieden wird.

Angetrieben wird das Luftschiff durch vier Daimlermotoren zu je 125 PS, deren je zwei in der hinteren und vorderen Gondel untergebracht sind. Die mittlere Gondel ist die Führergondel und nimmt sämtliche aeronautische Instrumente in sich auf. Der Siemens-Schuckert-Ballon nähert sich in seinen Dimensionen merklich den Doppelhüllen-Luftschiffen und ist vielleicht dazu berufen, diesen hinsichtlich seines Aktionsradius, der ja in der Hauptsache nur aus der Menge des Auftriebsmittels resultiert, Konkurrenz zu machen.

mit dem Versprechen, Gratifikation zu erwarten. Das Ausmaß und die Verteilung jeder, auch der gewissenhaft und so liegt es dann in Entlastung zu verjagen nötig hat.

Die Mißstände an Gastwirtschaften nach die dazu stark genug. Deutscher Gastwirtschaft mehrtem Erfolg, auch und einem nach Hund besseren Lebensbedingung.

Militär gegen Streikarbeiter einen erbitterten Kampf. Alle Bemühungen, die die Polizei hat von gestanden. In einer Hundten untergebrachte Feuer aus, und sofort Hand dabei im Spiele am Tage zuvor Arbeitszeit an, Militär zu der Kreisamt teilte dann o. nehmigung der oberen Ueberwachung des frag. Kompagnie Infanterie Feld.“ Bei Antritt des Bajonettangriff auf e willigen wurden sofort Schuß des Militärs an Gewehr umtreibt das Terrain, unterstützt von Disziplin, sie haben gro. andwaltschaft gelangen a. affäre zu bringen. E. wurden, mußten sofort Unschuld nachweisen so.

„Glänzender Sieg“ auf der preussisch-fürstlichen Arbeiter-Ausschußmitgliedern abgelegt und zwar, im Arbeiter-Ausschuß verstanden und wahrnehmbar und wahrnehmbar. Am 19. März, in der Versammlung, gegen die preussische General G. H. sollte der Minister machen, dann möge er stellen. Der Minister wozu am 20. März den Verbandsrat der die Wiederanlegung dieses rundweg ab, wor. beiter-Ausschußmitglied weiter nicht beachtete, sein Vorhaben erst ein jedoch sämtliche Arbeiter ihrer Meinung nieder, wo Ueberzeugung gewonnen haben will, daß sie i. m. männer erfüllen können, sie keine Stagnation, die Belegschaftsversammlung, Stütz mit Befriedigung, fester, kein organ. Ausschusses, an, i. geben sind, daß die W. aben können, ohne dafür. „gab die Verwaltung, teiler auf Straßen, Arbeiter-Ausschuß gem. „einstimmig“, Diese Neuwahl hat a. „Saarpost“ mitteilt, m. „lichen“ Gewerkschaft.

Bielefeld.

en) Montag, 21. Juni. Allen von Paul Lin. Nöhrigen Geburtsst. ausgeführt. Wir haben noch die kleinen deutsch. unter diejenigen, welche Ueber sein Verhältnis man ja streiten, aber sie alle drei zu unbeden. schon durch den Titel d. für ein fähiger und ti. Geschmackslosigkeit. U. der Gilette ist eine V.

Dienstag, 22. Juni. Aufträgen von Ludwig sind wir der Ansicht, d. hat er die Höhe von d. Der Dummlopf will die soziale Frage auf die ontel gestorben, der ba. Testamentseröffnung f. fährt man, daß unter Engelhart, der Reichs. Gerhard Bed. der Inge. ferria auf dem Papier. Dichter, der nur eine g. welt mit seinem dichter. zu legen.

Außerdem hofft ne. nebst ihrer Mutter, u. Erbschaft hofft, ist an. Urb nun wird das 900.000 Mark soll er. Wenn dieser nicht dur. ermitteln ist, so soll verläßt diese resultat. Spezialbestimmung in. tion stände, natürlic. sich selbst als den D. Kind stimmt, und Just. enthält. Deswegen tr. welche Justus als d. Dummlopf sei. Naturlic. der empört darüber i. schnellsten fast sich. einladet, in ihre Ben. So weit, so gut. Amerikanerin, die abn. belnden Personen wa. Diese Amerikanerin de. Justus und beirätet i. seine Stellung verlor. Nervenheilkunde geb. Altas.

Der Gedanke war j. schaft als Dummlopf. Bühne zu bringen, nur durchzuführen. Der A.

zu sein und eine haben, ich habe auf Fleisch gekaut. Sie war freies Gedankens, nachhergelegt, es nimmte Geld nach nehmen konnte. nach Berlin zu unterließ, so kam ich diesem zweiten, ich trotz aller entgegenbrachte, dem mir seit dem Genossen Bebel ich zur Zukunft, gewissenhaft als et: Hätte ich das brüchlich unter dem Namen eines Revision heraus- nach von Partei- in allerdings be- e es ja nicht ge- entliche General- für den Reichs- anlag in Sö rde, Schloß, Besser, auschlußverfahren, ndsmittel der Sozialist. Pater- ale Bradel über Die Verantwort- Zwischenzeit be- in Bradel ge- vor die General- nmen. Der Ein- und Schloß. en zu haben, er- sche Propaganda- an war das Aus- benfalls mit den rbreiten von un- rParteiangehörigen Auschlußantrag- hnung des Dori- le gehabt haben ommission einge- Vorwürfe unter- ung.

en jetzt, auf die Aber auch für a Reiz durchaus gen ihre Köpfe, und es die Leute unten Ton gehört, sie sich von den olem.

aus anderen Be- vorste andere Art, zu arbeiten, sehr das Bedienungs- er, Röhre, Säulen- Proletariats waren sie monate- ren Saison" ihre uszubessern. Die ltenmittel 10, gälchen, wird oft epumpt und nun seligkeiten, die an auch ein Schein irrem. Obwohl ch kürzer, dauert, inen 18stündigen hier für das Be- Verpflegung ist a Räume gerade chweres Geld an die Angestellten

le Metallteile am fentelgraphischen le wird in ent- Sie ist bereits t und eine Länge ung und der Er- zungsgedanken zu- ellung dieses ge- auf dem Gebiete enen Danks, be- it seinen Wänden nternommen wer- verjude erscheint rma Lanz bei isse Mannbeiz, rietelage, wo alles Motoren, Ballon- beschafft werden

man dem Projekt gezeichnet, ob die meter-Ballon ge- mit 19- oder gor

stellung entgegen- folgende Einzel- unstarren System Durchmesser von Kubikmetern. Die gegeben worden sejen Tagen fertig elligung der drei n abweicht. Sie en, die an Stelle pffbahnen, die in ragers vollständig ein Gerüst der- die Gondeln an- chiebene Behälter nstruktion ist eine o daß selbst bei verniedern wird. Daimlermotoren und vorderen Gon- die Führerpondel e in sich auf. Der nen Dimensionen vielleicht dazu be- s, der ja in der mittelfest resultiert,

mit dem Versprechen, daß sie am Ende der Saison eine gute Gratifikation zu erwarten haben — wenn sie bis zum Schlusse aushalten. Das Aushalten wird aber verflucht schwer gemacht und die „Verträge“, „Sausordnungen“ sind derart, daß jeder, auch der gewissenhafteste Angestellte, darüber stolpern muß, und so liegt es dann immer in den Händen des Prinzipals, die Entlassung zu verweigern, wenn er den Angestellten nicht mehr nötig hat.

Diese Mißstände zu beseitigen ist um so schwieriger, als die Gastwirtegehilfen noch nicht über eine Organisation verfügen, die dazu stark genug wäre. Immerhin suchte der Verband Deutscher Gastwirtegehilfen, und zwar in jedem Jahr mit vermehrtem Erfolge, auch in den bayerischen Boden zu gewinnen und einem nach Hunderttausenden zählenden Proletariat zu besseren Lebensbedingungen zu verhelfen.

Militär gegen Streikende. In Worms führten die Bauhilfsarbeiter einen erbitterten Kampf gegen die Firma Schmidt. Alle Bemühungen, Arbeitswillige zu bekommen, waren erfolglos. Die Polizei hat von Anfang an auf Seiten des Unternehmers gestanden. In einer Baubütte waren 12 Polizisten mit zwei Hund untergebracht. In dieser Baubütte brach nun plötzlich Feuer aus, und sofort verdächtige man die Streikenden. Ihre Hand dabei im Spiele gehabt zu haben. Da es gelungen war, am Tage zuvor Arbeitswillige zu gewinnen, so gab die Behörde jetzt an, Militär zu deren Bewachung aufbieten zu müssen. Das freisamt teilte dann auch der Streikleitung mit, daß mit Genehmigung der oberen Behörden Militär zur Abperrung und Überwachung des fraglichen Bauplatzes requiriert sei. Eine Kompanie Infanterie zog demnach für „das Vaterland ins Feld“. Bei Antritt der Streikbrecher machte das Militär einen Bajonettangriff auf ein Häuflein Streikender. Die Arbeitswilligen wurden sofort auf die Baustelle geschickt, wo sie unter Schutz des Militärs arbeiten und wohnen. Mit scharf geladenem Gewehr umkreist das Militär in großen Entfernungen das Baugelände, unterstützt von der Polizei. Die Streikenden bewahren Disziplin, sie haben großes Interesse daran, daß es der Staatsanwaltschaft gelingen möchte, Klarheit in die Brandstiftungsaffäre zu bringen. Einige Streikende, die deswegen verhaftet wurden, mußten sofort auf freien Fuß gesetzt werden, da sie ihre Unschuld nachweisen konnten.

„Glänzender Sieg“ der Christlichen. Anfang März wurde auf der preussisch-sächsischen Saargrube Sulzbach das christliche Arbeiter-Auschußmitglied Joh. Rauber ohne Kündigung sofort abgeleitet und zwar, weil er nach Angabe der M-Glabbacher im Arbeiter-Auschuß mit Nachdruck die Rechte der Belegschaft verfochten und während der Bergarbeiterstreiks eine Besondereverpflichtung an den Handelsminister mitunterzeichnet haben soll. Am 19. März hielten die „Christlichen“ eine „Protestversammlung“ gegen die Maßregelung Raubers ab, in der der christliche General S a l e s frächtige Töne anschlug und sagte: Sollte der Minister die Wegleitung Raubers nicht rückgängig machen, dann möge er die Suche zum Herzen der Arbeiter einstellen. Der Minister machte die Kündigung nicht rückgängig, worauf am 30. März die übrigen Arbeiter-Auschußmitglieder den Werksdirektor Vertrag Dr. Br un z e l interpellierten und die Wiederanlegung Raubers forderten. Dr. Br un z e l lehnte dies rundweg ab, worauf der Interpellant sein Amt als Arbeiter-Auschußmitglied niederlegte, was jedoch Dr. Br un z e l weiter nicht beachtete, denn er sagte dem R., er solle über sein Vorhaben erst einmal ausschlagen. Am 28. April legten jedoch sämtliche Arbeiter-Auschußmitglieder, sechs an der Zahl, ihre Ämter nieder, weil sie nach der Maßregelung Raubers die Überzeugung gewonnen hatten, daß der Werksdirektor es nicht dulden will, daß sie ihre Pflicht als Vergeltete und Auschlußmänner erfüllen können, ohne gemeldet zu werden, und weil sie keine Stagnation, keine „weiße Salte“ sein wollten. Eine Belegschaftsversammlung nahm am 29. April nach einem Referat S a l e s mit Befriedigung Kenntnis von dieser Tat und gelobte gleichzeitig, kein organisierter Arbeiter nehme das Amt eines Auschlußmannes an, noch gehe er wählen, bis Garantien gegeben sind, daß die Auschlußmänner ihr Amt pflichtgemäß ausüben können, ohne dafür gemeldet zu werden. Diese „Garantien“ gab die Verwaltung dadurch, daß sie auch die sechs Protestler auf Straßenpflaster warf! Damit war der gesamte Arbeiter-Auschuß gemeldet und nun beschloßen die „Christlichen“, „einstimmig“, sich an der Neuwahl — zu beteiligen! Diese Neuwahl hat am 18. Juni stattgefunden, und wie die „Saargrube“ mitteilt, mit einem „glänzenden Siege“ des „christlichen“ Gewerkevereins geendet! Ihre Siegesnachricht schließt sie:

Bielefelder Sommertheater.

en. Montag, 21. Juni: ... so ich dir! Schauspiel in vier Akten von Paul Lindau. Es wurde bei Gelegenheit des 70jährigen Geburtstages dieses großen deutschen Dramatikers aufgeführt. Wir haben Lindau niemals weder unter der großen noch die kleinen deutschen Dramatiker rubriziert, er gehört nicht unter diejenigen, welche den Ruf der Muse erhalten haben. Ueber sein Verhältnis zu Büchtemann oder Sudermann kann man ja streiten, aber einbringender Streit nicht, dazu sind sie alle drei zu unbedeutend. Daß er ein Meister ist, beweist er schon durch den Titel des Stücks. Welche Geistesfreiheit! Was für ein fähiger und tiefer Gedanke! Und dabei doch nur eine Geschmackslosigkeit. Und das ganze Stück mit seinen Fragen der Eitelkeit ist eine Langeweile. Die Aufführung war gut.

Dienstag, 22. Juni: Der Dummkopf, Lustspiel in fünf Aufzügen von Ludwig Fulda. Seit seinem heimlichen „König“ sind wir der Ansicht, daß man Fulda ernst nehmen muß, leider hat er die Höhe von damals noch nicht wieder erkliegen. Auch Der Dummkopf will eine für unsere jetzige Gesellschaft wichtige soziale Frage auf die Bühne bringen. Es ist da ein alter Erbsenkel gestorben, der hat fünf Erben dritten Grades, die sich zur Testamentseröffnung versammeln. Bei dieser Gelegenheit erfährt man, daß unter ihnen drei genial veranlagt sind, Kurt Engelhart, der Rechtsanwalt, welcher eine Bank faulieren will, Gerhard Bed. der Ingenieur, der ein lenkbare Luftschiff fix und fertig auf dem Papier haben hat, und Wilhelm Bed. der Dichter, der nur eine geistreiche Lebenslage braucht, um die Welt mit seinem dichterischen Herzensüberflusse in Erstaunen zu setzen.

Außerdem hofft noch auf die Erbschaft Elisabeth Schirmer nebst ihrer Mutter, und als fünfter Erbe, der aber nicht auf die Erbschaft hofft, ist anwesend der Bankbeamte Justus Häberlin. Und nun wird das Testament eröffnet: Die Erbschaft von 900.000 Mark soll erhalten der Dummkopf von allen Erben. Wenn dieser nicht durch allgemeine Affirmation der Erben zu ermitteln ist, so soll schriftliche Affirmation stattfinden, und verläuft diese resultatlos, so tritt eine dem Testament beiliegende Spezialbestimmung in Kraft. Natürlich kommt keine Affirmation zustande, natürlich stimmt bei der Abstimmung jeder für sich selbst als den Dummkopf, bis auf die Mutter, welche für ihr Kind stimmt, und Justus Häberlin, welcher sich der Abstimmung enthält. Deswegen tritt die Spezialbestimmung in Kraft, durch welche Justus als Universalerbe eingesetzt wird, da er der Dummkopf ist. Natürlich sind alle Erben während, sogar Justus, der empört darüber ist, daß er der Dummkopf sein soll. Im schnellsten Eile sucht Frau Schirmer, welche den reichen Erben einleitet, in ihre Pension zu ziehen.

So weit, so gut. In dieser Pension erscheint aber die reiche Amerikanerin, die ähnlich dem Grafen Trast die über den handelnden Personen waltende Vorherrschaft in Stücke darstellt. Diese Amerikanerin verleiht sich in die selbstlose Dummheit des Justus und heiratet ihn, der sein ganzes Vermögen weggeschenkt, seine Stellung verloren hat und schließlich sogar in eine Nervenheilanstalt gebracht worden ist, am Ende des fünften Aktes.

Der Gedanke war sicherlich gut, einen in der heutigen Gesellschaft als Dummkopf geltenden prächtigen Menschen auf die Bühne zu bringen, nur ist Fulda viel zu schwach gewesen, um ihn durchzuführen. Der Dummkopf, den er auf die Bühne bringt,

„Der Gewerkeverein hat also wieder den Ausschuß befehlt, und so ist es gut sowohl nach unten wie nach oben.“

Dieser „Sieg“ ist nicht nur gut nach „oben“ und „unten“, sondern er zeigt der Öffentlichkeit, zu welchen „Selbstenttaten“ diese M-Glabbacher „Charakterköpfe“ fähig sind.

Berichtigung zum Mitgliederstand der Gewerkschaften. Vom Verband der Schmiede wird uns mitgeteilt, daß die Mitgliederabnahme im Schmiedeverbande nicht 4000 betrage. Der Mitgliederstand beträgt nur 1351 und damit vermindert sich der Gesamtmitgliederverlust der Gewerkschaften um 2899 und beträgt somit nur 7284. Wir hatten die Zahlen einer Aufstellung im „Correspondenzblatt der Generalcommission“ entnommen, das vermutlich durch einen Druckfehler diese falschen Zahlen brachte.)

Eine neue gelbe Gründung der Maschinenfabrik in Augsburg. Die Direktoren der Maschinenfabrik Augsburg, von der die gelbe Bewegung in Deutschland ihren Ausgangspunkt genommen, ist nun mit einer neuen gelben Gründung an die Öffentlichkeit getreten — die Gründung eines gelben Beamtenvereins ist Tatsache geworden. Die Veranlassung bezog den Anstoß hierzu geben die für Anfang Juli in Aussicht stehenden Wahlen der Mitglieder zum Ausschusse der Handlungsgesellschaften und technischen Angestellten bei der Handelskammer Augsburg.

Die Gründung der gelben Beamtenvereinigung ging in folgender Weise vor sich. Am Donnerstag mittag zirkulierte ein Rundschreiben, mit der Unterchrift des Obergerichtsrats Höpflinger versehen, unter den Beamten der Maschinenfabrik, worin sie sämtlich zu einer Versprechung eingeladen wurden, die am gleichen Tage nach Arbeitsabschluß in der Fabrik selbst stattfinden sollte. Von den circa 250 Beamten der Fabrik hatten sich denn auch 150 eingefunden. Obergerichtsrats Höpflinger eröffnete und leitete die Versammlung. Die Vorschläge für die Wahl zur Handelskammer hatte der Versammlungsleiter schon in der Tasche und ohne die Anwesenden weiter zu fragen, erklärte er diese als nominiert. Dann eröffnete der Beauftragte der Direktion den Anwesenden weiter:

„Nun hätte ich bei dieser Versprechung noch zu erwähnen, daß es doch sehr gut wäre, wenn wir aus ähnlichen Anlässen bei Festern zusammenkommen könnten. Wir haben doch so manches auf dem Herzen und vieles könnte bei diesen Versprechungen erledigt werden. Wie wäre es, wenn wir einen Beamtenverein gründen würden? Da wir heute abend so zahlreich versammelt sind, dürfte sich dieses leicht ermöglichen lassen.“

Einer der anwesenden Beamten hatte den Mut, gegen die Ueberzeugung zu protestieren, und schlug vor, die Angelegenheit in einer Extra-Versammlung zu besprechen. Aber Herr Höpflinger erklärte kategorisch: „Ich halte dies nicht für nötig und bitte diejenigen, die mit meinem Vorschlage einverstanden sind, sich von ihrer Eignen zu erheben.“

Und nun erhoben sich, wenn auch zögernd, sämtliche Anwesenden, bis auf 10 rückgratlos! Höpflinger konstituierte nun schamlos die „nahezu einstimmig“ erfolgte Gründung des Beamtenvereins! Der Vorstand und die Ausschußmitglieder waren auch schon bestimmt, so daß sich die Mitglieder des gelben Vereins nicht weiter darum zu bemühen brauchten.

Ueber die Ziele des neugegründeten Vereins äußerte sich der Nachredner des ganges in nachfolgender Weise:

Der Verein muß sich, da rein sachliche Angelegenheiten an Interesse verlieren, in der Hauptsache als Vergnügungsverein gestalten, nebenher kann man dann auch sozialpolitisch resp. andere Fragen erledigen.“

So hat nun die Maschinenfabrik Augsburg neben dem gelben Arbeiterverein auch einen solchen für die Beamten — sie ist Sieger geblieben, trotz der heftigen Zurücknahme des berechtigten Entschlusses der bayerischen Metallindustriellen, dessen Väter in der Maschinenfabrik Augsburg saßen. Die Folgen der Rückgratlosigkeit der kaufmännischen und technischen Beamten werden sich für die auf den gelben Leim Getroffenen bald in unliebsamer Weise zeigen.

Sozialdemokratischer Streikbruch. Unter dieser Ueberschrift durchwanderte die Zentralschiff ein Artikel, wonach in Eschweiler (Rheinland) vom Maurerverband ein Streikbruch gegenüber dem christlichen Verbände verübt sein soll. Demgegenüber seien folgende Tatsachen festzustellen: Es ist nicht wahr, daß der Beamte des Maurer-Verbandes, R e f f e l, nach den Mitglieder erklärt hat, sie erhielten keine Unterstützung, wenn sie streikten, sondern Reffel hat es im Auftrage der Verbandsleitung den Kollegen freigestellt, sich an dem Streik

Bielefelder Freie Volksbühne.

Das Volkstheater am Sonnabend in der „Centralhalle“ mußte des schlechten Wetters wegen im Saal stattfinden, der bis auf den letzten Sitzplatz gefüllt war. Es war ein ausgezeichnetes Programm, welches den Mitgliedern geboten wurde. Zuerst die Ouvertüre zur Iphigenie in Aulis von Gluck, ein wunderbares Opus, diese deutsche Musik, durch die der Zuhörer dennoch nach dem alten Hells verfiel zu sein glaubt. Die ruhende menschliche Klage im Kampf mit dem unerbittlichen Schicksal. Zugleich ein Beweis, welche gewaltige Wirkungen mit der Einfachheit erzielt werden können. Aber diese Ouvertüre ist den Neueren verfallen, Wagner hat wohl einen Schluß zu der Ouvertüre geschrieben, der trotz aller Mühen die fremde Hand verrät. — Dann kam als zweite Nummer ein besonderer Hohenhuth, das Andante aus dem Es-dur-Quartett von Philipp Müller, ausgeführt vom gesamten Streichquartett. Hier wurde wieder einmal das Unausprechliche ausgesprochen, eine so unendlich feinsinnige Klage um Verlorenes, bis am Schluß alle Dissonanzen sich auflösen in dem Dreiklang, die Sicherheit, daß das Ende nur in der Vollkommenheit zu finden sein kann. Weiter dann Einlandsia von Schubert und die Einleitung zum 3. Akt, Tanz der Lehrbuben und Grub an Hans Sachs aus Die Meistersinger von Nürnberg von Wagner. Ueber beides haben wir schon früher berichtet.

Der zweite Teil brachte noch die prächtige Ouvertüre zu Mendelssohn Cellini von Berlioz, dem Vorgänger Wagners, wenigstens was die Behandlung des Orchesters betrifft, dann die Faust-Fantasia für Violine von Wieniawski, die Herr Walter Frings wahrhaft virtuos mit brillanter Technik und Bogenführung zum Vortrag brachte, als vorletzte Nummer den reizenden Walzer aus dem Ballet Dornröschen von Tichatsowski und zum Schluß Wagners Kaiserreich, zum erstenmal in Bielefeld. Dieser Kaiserreich war von Wagner nach der deutschen Reichsgründung geschrieben worden, um Wilhelm I. für seine Verdienste zu gewinnen. Und die Gräfin Schlotheim, die zwar selbst von Musik gar nichts verstand, wenigstens nach der Ansicht der Wagnerianer, die es wissen konnten, aber nichtsdestoweniger eine glühende Verehrerin Wagners war, hatte den alten Kaiser dazu veranlaßt, das große Konzert zu kommen, wo unter der Direktion Wagners auch der Kaiserreich aufgeführt wurde. Der Marsch ist eine gewaltige Wirkung aus, besonders wenn zum Schluß der Chor einsetzt. Genügt hat es aber nicht. Wilhelm I. hat immer der alte Dessauer besser gefallen wie Wagners Kaiserreich. So sehen wir auch hieran, wie traurig es ist, wenn die Kunst auf diese Mächte der Erde angewiesen ist. Wir wollen uns daher den Genuß an Wagners Kaiserreich nicht durch die Tendenz, aus der er geschrieben ist, vergällen lassen, und in unseren Bestrebungen, der Kunst eine Stelle völlig freier Betätigung zu erobern, nicht erlahmen.

zu beteiligen oder nicht. — Die bei der in Betracht kommenden Firma Casiner u. Hennig (Stolberg) arbeitenden Mitglieder hatten sich vor einigen Wochen dem deutschen Textilarbeiterverbande angeschlossen. Durch die Maßregelung des „Antistiers“ dieser Freveltat glaubte die Firma ein abschreckendes Beispiel zu setzen zu haben. Als die Arbeiter trotzdem der Organisation treu blieben, stellte die Firma ihnen das Ultimatum, sich innerhalb zweier Stunden zu erklären, ob sie aus dem Verbands austreten oder auf die Arbeit verzichten wollten. Darauf haben von 26 Beschäftigten 24 ihre Entlassung erhalten. Weshalb die Firma die Organisation unter den Arbeitern fürchtet, ist ersichtlich, wenn man weiß, daß sie ihren Wohnsitz schon verschiedentlich gewechselt hat, um anscheinend einen Ort zu finden, der ihr die billige Produktion ermöglicht. Das scheint in Streitan der Fall zu sein, denn der Wochenverdienst eines Webers beträgt bei 11stündiger Arbeitszeit 8-11 Mk. Eine Arbeit, die die Firma in ihrem früheren Domizil in Greiz mit 3.60 Mk. bezahlen mußte, bezahlt sie in Streitan mit 1.60 Mk. Die Ausständigen sind entschlossen, den ihnen aufgedrungenen Kampf mit aller Energie durchzuführen. Bei den verlockenden Löhnen dürften sich Arbeitswillige wohl nicht finden.

Die Einkäufer und Packer in Vayreuth sind wegen Lohn-differenzen in den Ausstand getreten.

Bauarbeiterstreiks in Hamburgs Umgebung. In H u s u m haben die Bauhilfsarbeiter am Montag die Arbeit niedergelegt, weil ihnen eine Lohnzulage von 5 Pfg. pro Stunde nicht bewilligt wurde. Viele Maurer sind durch den Streik in Mitleidenschaft gezogen. In B u r t e h u d e haben die Maurer am gleichen Tage wegen Nichtbewilligung ihrer Lohnforderungen den Streik erklärt. In F r e h o e wollten die Unternehmer eine allgemeine Aussperrung der Maurer und Bauhilfsarbeiter vornehmen. Die Ursache für die entstandenen Differenzen sind in der Entlassung von in Hamburg ausgesperrten Maurern zu suchen. Das Vorgehen der Unternehmer wird als Vertragsbruch angesehen; ein Schiedsgericht soll darüber entscheiden.

Industrie, Handel und Verkehr.

Ki. Die kommenden Fusionen. Mit dem Beschluß der Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft, gewaltige Stahlwerksanlagen auf ihrem lothringisch-luxemburgischen Besitz zu errichten, ist eine neue Ära der Erweiterungen und der Fusionen der Montanindustrie angeheißt worden. Die Verwertung der bisher minderwertigen Minette-Erze durch das elektrische Verfahren zur Erzeugung hochwertiger Stahls hat neue Perspektiven eröffnet, deren Tragweite unübersehbar ist. Der Zug der großen Eisenwerke in das lothringisch-luxemburgische Gebiet wird auch dann grundlegende Umwälzungen nach sich ziehen, wenn die Auffassung einzelner Industriekreise berechtigt ist, daß der Aufschwung der luxemburgischen Industrie den Niedergang der rheinisch-westfälischen Hüttenwerke nicht in dem viel-jah behaupteten Umfange zur Folge haben werde. Es ist bekannt, daß Thyssen, der aus dem Aufsichtsrat von Gelsenkirchen kürzlich austrat, außerordentlich bemüht ist, seine Stellung in Lothringen-Luxemburg gleichfalls zu erweitern, bald nach der Auflösung der Pläne von Gelsenkirchen verlautete, daß die Rheinische Gewerkschaft Deutscher Kaiser eine Fusion mit der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks-Gesellschaft anstrebt. Diese Nachricht erwies sich als irrig, verschiedene Handelsblätter glauben deshalb, Meldungen über andere Fusionspläne als inhaltlos Gerüchte zurückweisen zu können. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung“ hatte darauf hingewiesen, daß eine Fusion zwischen Deutsch-Luxemburg und dem Lothringischen Hüttenverein Unruhe-Friede angeregt worden sei, und zwar durch den Schaff-hausenschen Danbverein, der in dem Aufsichtsrat beider Gesellschaften vertreten ist. Ein anderes Blatt, das sich als gut unterrichtet zeigen will, hat von Kreisen der Deutsch-Luxemburgischen Gesellschaft erfahren, daß der Plan allerdings vor einigen Wochen behandelt, aber bald darauf ad acta gelegt wurde, weil Deutsch-Luxemburg erst seine weitere Konfolidierung abwarten wolle. Es frönt seine Information mit der Bemerkung, daß für die Gegenwart dieser Fusionsplan jedenfalls als erledigt zu betrachten ist. Das Projekt soll geleistet sein, weil der Kohlenbesitz von Deutsch-Luxemburg nicht genüge, um die Kohlenansprüche des Lothringischen Hüttenvereins, der nur über einen ganz geringen Kohlenbesitz verfüge, zu befriedigen. Die Erklärung einer Gesellschaft, daß ein weitgehender Fusionsplan im Augenblick nicht in Frage kommt, sollte ein kritisches Blatt doch zu einer etwas vorsichtigeren Beurteilung veranlassen. Der Hergang bei solchen Fusionsabsichten hat zur Genüge gezeigt, daß die Herren Direktoren der Banken und industriellen Gesellschaften als Gegenwart den Tag ihrer Erklärung aufgeschoben haben wollten, wenn wenige Wochen später die Durchführung von Projekten beschlossen wurde, die noch kurz vorher als „unzeitig gar nicht in Frage kommend“ bezeichnet wurden. Das in absehbarer Zeit sehr bedeutende Fusionen und Erweiterungen erfolgen werden, steht außer Zweifel. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung“ bespricht angebliche Pläne Thyssens, die auf Gründung eines Konzerns hinauslaufen, der ein belgisches Hoch-energie, an dem Thyssen beteiligt ist, und die Rombacher Hüttenwerke umfassen soll. Bestätigung sich einzelne der vielen Fusionsgerüchte nicht, so ist es doch eine arge Kurzsichtigkeit, daraus zu folgern, daß weitreichende Fusionspläne überhaupt nicht bestehen. Schon die allernächste Zeit wird neue Fusionen in der Montanindustrie bringen.

ss. Erfinderschutz und Patentgebühren. In der Zeitschrift „Technik und Wirtschaft“ tritt der Patentanwalt Georg Neumann-Berlin für eine Milderung der Patentordnung ein. Die heutigen hohen und unangemessenen Gebührengebühren bedingen unzähligen Fällen ein vorzeitiges Erlöschen des Patentschutzes, wodurch nicht nur der mittellose Erfinder unter Umständen schwer geschädigt, sondern auch der Staat um manche Einnahme gebracht wird. Neumann stellt fest, daß von je 100 erteilten Patenten erlöschen binnen Jahresfrist: 37.1, binnen zwei Jahren 55.6, binnen drei: 68.5 und binnen vier 75.8, also drei Viertel aller überhaupt erteilten. Die Ursache davon ist die starke Entlastung der Gebühren. Gegenwärtig hat ein Erfinder 20 Mk. bei der Anmeldung und 30 Mk. bei der Erteilung des Patentes zu zahlen. Im zweiten Jahre betragen die Gebühren 50 Mk., im dritten 100 und so jedes Jahr 50 Mk. mehr. So kommt es, daß unbedeutenden Erfindern — und diese bilden bekanntlich die Mehrzahl — sehr bald der Atem ausgeht und sie ein Patent fallen lassen, das ihnen vielleicht nach einigen Jahren Wagners reichen Gewinn gebracht hätte. Als Beispiel für ein solches Erlöschen eines wertvollen Patentes führt Neumann das Müllersche Turbinenpatent Nr. 176 an, das vor 29 Jahren bald nach der Eintragung gelöscht wurde, und das heute zu den Grundlagen der Barionischen Dampfturbine zählt. — Neumann schlägt nun demgegenüber vor, für jedes Patent eine Gebühr von 30 Mk. festzusetzen. Für jedes folgende Jahr ist eine Grundgebühr von 20 Mk. zu entrichten. Außer dieser ist von jedem einen Gewinn abwerfenden Patent eine Zulagegebühr in Höhe von 3 Prozent des Reingewinnes zu zahlen. An Stelle dieser Zulagegebühr soll aber wahlweise auch eine Abgabe entrichtet werden können, die von 50 Mk. im ersten Jahre jedes Jahr um weitere 50 Mk. steigt bis zum Schlußbetrag von 700 Mark pro Jahr. Es würde damit in der Tat erreicht werden, daß der kleiner Gewinn erzielende Erfinder möglichst geachtet und dafür der aus seinem Patent Nutzen ziehende Erfinder, der also die stärkeren Schaltern repräsentiert, stärker belastet würde, während das Reich sich jedenfalls nicht schlechter, sondern eher besser als jetzt stehen würde.

Rief und Marie
Kanzista Gail.
26 N. Weichen-
Heinrich Staudt,
Wilhelm Müller,
Geburt.

hohen Vereine
Organisationen an:
r-Sänger-Bund

ndstraße.
ampstraße.
Bermann, Gr.

h, Restauration
erforderstraße.

Spindelstr. 63.
erliner Hof.
V bei Tughorn.
Schmiedestr. 9.
Gr. Kurfürsten-
8 1/2 Uhr bei
gerstraße.
Schmiedestr. 9.
Schmiedestr. 9.
Kurfürsten-
Kallertweg.
Herdorferstraße.
Auf, 8 1/2 Uhr

ein.
bekannter Stelle
Carl Schröder.
1/2 Uhr im Ver-
Wirt Mohrmann.
Eiche 8 Uhr

Turmhalle.
bei Indiestel,
Niermannschen

Uhr bei Wirt
8 1/2 Uhr bei
9 Uhr bei Wirt
bends 7 Uhr bei
Diemeier, Stift-
in 9 Uhr beim
bei Tage.
9 Uhr bei Wirt
8 1/2 Uhr bei
8 1/2 Uhr bei
bends 7 Uhr bei
1/2 Uhr bei Karl
8 1/2 Uhr im
Wirt Mohrmann,
Uhr bei Gastwirt
Männerchor.
im Schaum-
ackpulver

st das Beste!
hmer & Wilms
Hamburg

bons erh. Sie eine
gr. u. fr. v. u. Verfr.

=Gefe.
mehr als 15 Buchstaben
oppelt gerechnet.
ahlung angenommen.

hluß
6 Mittwoch, den 23.
0 Uhr. Peter Wirt-
straße 37. [3386

ragene
Damenkleider, Kleider-
st man am billigsten
S. Witte, Ritter-
[3395*

chenstall,
zu verkaufen. Sh.
[3392*

ohnung [3389*
im westlichen Stadt-
e von ca. 200 M.
zu mieten gesucht.
L. D. an die Exped.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

* Viefelsfeld, 23. Juni.

— **Solgarbeiterverband.** Der Kartenverkauf für unser Stif-
tungsfest hat begonnen. Wir bitten die Mitglieder, sich vor
allem rechtzeitig mit Theaterkarten zu versehen, da der Ausverkauf
wegen der Ausgabe derselben eine beschränkte ist.

— **Zur Tarifbewegung der Tabakarbeiter.** Folgende Firmen
haben den von der Ortsverwaltung Viefelsfeld des Deutschen
Tabakarbeiterverbandes vorgelegten Tarifvertrag unterschrit-
lich anerkannt:

Heinrich Dorffkötter in Deepen,
Gaddebaumer Zigarrenfabrik von Kuhlmann.
Heinrich Blome in Siefer,
Heinrich Posteler in Viefelsfeld

Wir richten hiermit das Ersuchen an die organisierte Ar-
beiter, nur solche Zigarren zu konsumieren, die bei tarif-
rechten Firmen von organisierten Arbeitern hergestellt werden.
Arbeiter, Parteigenossen! Hebt Solidarität!

Sämtliche Zuschriften betreffend Abschließung von Tarif-
verträgen mit weiteren Firmen sind an Albert Schulz, Turner-
straße 45, zu richten.

Die Ortsverwaltung Viefelsfeld
des Deutschen Tabakarbeiterverbandes.

— **Orden und Ehrenzeichen.** Vom Magistrat wird uns ge-
schrieben: Aus Anlaß des bestehenden Vorstands sind
von einzelnen Hinterbliebenen der Verstorbenen Orden und
Ehrenzeichen mit uns Grab gegeben worden. Es wird darauf
aufmerksam gemacht, daß im allgemeinen die Orden und Ehren-
zeichen zurückzugeben sind. Die Rückgabe erfolgt an den
Magistrat. Von der Rücklieferung kann ausnahmsweise nur
dann abgesehen werden, wenn die Hinterbliebenen der General-
Ordenskommission in Berlin ersattet werden.

— **Auf dem Schulhofe der Knaben-Mittelschule** (früher erste
Bürgerchule) an der Kaiserstraße hantierte am Montag vor-
mittags in der 9-Uhr-Pause der 12jährige Schüler Krich mit
einem Riemen, an dessen Ende er einen Knoten über der daran
befindlichen Schnalle gemacht hatte. Im beiden Seiten sah die
Spitze der Schnalle hervor. Als er im Begriff war, seinem
Gegner einen Hieb damit zu versetzen und den Riemen nach
hinten schwingen, um auszuholen, traf er den unglücklich hinter-
stehenden 14jährigen Sohn des Dekorateurs Hollmann un-
glücklich in die Augen. Der Knabe fiel sofort ohnmächtig
hin und, nachdem er wieder zum Bewußtsein gekommen war,
schrie er: „Ich kann nicht sehen, ich bin blind!“ Alsdann be-
müht sich der Rektor und die Lehrer um ihn und ließen ihn
vom Schuldiener nach der Augenklinik des Dr. Fritzsche an der
Deerpferstraße bringen. Es soll Aussicht vorhanden sein, daß das
Auge erhalten bleibt, ob die Sehtrakt aber zurückkehrt, ist noch
fraglich.

Wir meinen, hier muß es während der Pause an der nötigen
Aufsicht seitens der Lehrer gefehlt haben, denn unmöglich könnte
sonst den Lehrern entgangen sein, daß der Junge mit dem Riemen
auf dem Schulhofe herumliege. Eltern glauben ihre Kinder wäh-
rend der Schulpause gut aufzusehen, aber wie enttäuscht müssen
sie sein, wenn ihnen die Nachricht gebracht wird, daß ihrem
Kinde nicht auf dem Schulhofe, sondern während der Pause,
wo die Kinder unter Aufsicht der Lehrer sein sollen, solch ein
Unglück geschehen kann.

— **Viefelsfelder Sommertheater.** Aus dem Theaterbureau wird
uns geschrieben: Das erfolgreichste Schauspiel dieser Saison
„Staatsanwalt Alexander“ von E. Schiller geht heute nochmals,
und zwar zum 5. Male, in Szene. Morgen, am Johannistage,
gelingt Herrn Sudermanns interessantes Schauspiel „Jo-
hannistage“ zum ersten Male zur Aufführung.

— **Das städtische Orchester** veranstaltet heute, abends 8 1/2
Uhr, ein Streich-Konzert in Kollmanns Garten. Vorverkauf-
karten haben hierzu Gültigkeit. Im Programm Novitäten.
Leitung Kapellmeister Max Gabaglio.

— **Das städtische Orchester** konzertiert am Donnerstag, abends
8 1/2 Uhr, im Kaiserhof-Garten. Vorverkaufskarten haben hierzu
Gültigkeit.

— **Polizeibericht.** Diebstahl. In Anna wurden in der
Nacht zum 19. Juni mittels Einbruchs mehrere Kleidungsstücke,
Schuhe usw. und 17 Invaliden-Kartons, auf verschiedenen
Namen lautend, gestohlen. Ferner fiel den Dieben ein sehr wert-
volles Fahrrad — Marke Glendia — Fabriknummer 73855, in die
Hände. — Desgleichen wurde in Anna ein weiteres Fahrrad,
Marke „Start“, Nr. 57944, gestohlen. Vor Ankauf der Gegen-
stände wird gewarnt.

Der gestrige Viehmarkt war mit 16 Pferden, 76
Rindern und 2260 Schweinen betriebl. Es wurden gezahlt:
Für Pferde 400—700 Mk., Rinder 200—450 Mk., Schweine (6—8
Wochen alte) 17—21 Mk.; (Stangen) 23—43 Mk., (Zuchttiere)
56—100 Mk. Der Handel war flau.

Verloren: 1 silbernes Kettenarmband, im Stadtgarten
oder auf dem Wege von dort bis zum Kriegerdenkmal.

Diebstahl. In Deynhausen wurde in der Nacht zum
18. Juni dem Schneidermeister W. B. ein Leberjäger ent-
wendet. Dieser ist von dunkelgrünem, mattschwarzem Stoff und
ist mit dunkelgrünem Atlasband gefüttert.

Versammlungen.

Serford. Soz. Verein. 10. Bezirk, St. St. Verg. Donner-
stag, 24. Juni, abends 9 Uhr: Vortrag.

Die Abwehr der Tabakinteressenten.

In Berlin hat am Freitag abend auf Anregung des
Steuerabwchraususses eine Protestversammlung stattgefun-
den, an der mehr als 1500 Vertreter des deutschen Tabakhandels
und Delegierte aller Verbände und Vereine des Tabak-
und Zigarrenhandels teilnahmen. Nach den Referaten des Syndikus
Dr. Jonas, des Vorsitzenden des deutschen Zigarrenhandels-
verbandes Straßer und des Rohstoffhändlers Friedrich
Krause, Berlin und einer regen Diskussion, an der auch die
Abgeordneten Müller-Sagan und Böhle-Strohburg teil-
nahmen, wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:
„Die auf Anregung des Berliner Steuerabwchraususses
in den Armirenhallen zu Berlin am 18. Juni 1909 versammelten,
mehr als 1500 Vertreter des deutschen Tabakhandels und die
Delegierten aller Verbände und Vereinigungen des Zigarren-
und Tabakhandels erklären: Eine jede steuerliche Mehrbelastung
des Tabakgewerbes muß große wirtschaftliche und soziale
Schädigungen nach sich ziehen, die in dem Rückgang des Kon-
sums, in der Vernichtung der schwächeren Existenzen und einer
nicht wieder einzuholenden Verschärfung des gesamten Tabak-
handels ihren Ausdruck finden. Die schwersten Nachteile von
allen vorgeschlagenen Formen der Mehrbelastung würden aber
eine Banderolesteuer und auch die von der Finanzkommission
vorgeschlagene Rohstoffabwertsteuer im Gefolge haben. Sie
würden das Großkapital in einer nicht ausgleichbaren Weise im
Vorteil setzen und Tabakindustrie und Tabakhandel, welche heute
noch ein Gewerbe des Mittelstandes sind, völlig den Händen
der Großunternehmungen ausliefern. Die Versammelten er-
klären deshalb einen hohen Reichstag, jeder neuen Form der
steuerlichen Mehrbelastung, sowohl der Rohstoffabwertsteuer als
auch vor allen Dingen der Banderolesteuer, die Gene-
migung zu verweigern.“

* **Kasse.** 22. Juni. Die Unterstellungen des frühe-
ren Rentanten der Westbarkhauser Spar- und Darlehnskasse
S. Schulte, belaufen sich laut „Haller Kreisblatt“ nach den
bisherigen Feststellungen auf rund 72000 Mark. Auch die
Bäuerliche Besuchs- und Abzahnkassen „Ravensberg“,
deren Geschäftsführer Sch. war, ist von diesem betrogen. Diese
Beträge sind jedoch noch nicht genau festgestellt.

s. Serford, 21. Juni. Gewerbegerichtssitzung. Auf
Zahlung des rückständigen Lohnes im Betrage von 942 Mark
lagt der Arbeiter B. gegen die Firma Marbus. Wegen der

Nichtzahlung hat der Kläger die Weiterarbeit verweigert. Die
Inhaberin der Firma, Frau Marbus, kann sich gar nicht hinein-
finden, daß der Arbeiter ein Recht darauf hat, den verdienten
Lohn zu fordern; immer wieder erhebt sie den Einwand, daß
man doch den Leuten etwas einbehalten müsse, damit sie nicht
so schnell wegläufen. Erst nach recht eingehender Rechtsbelehrung
und einem Appell an das Menschlichkeitsgefühl versteht sie sich
dazu, im Vergleich erst 5, und dann 6 Mk. zu bieten und endlich
8 Mk. zu zahlen. — Recht schwierig gestaltete sich die zweite
Klage. Der Kleinfleischer K. lagt gegen den Bauunternehmer
Bredner auf Zahlung für 14 Tage Lohn wegen kündigungsjöher
Entlassung. Herr Bredner will mit dem Kläger überhaupt nichts
zu tun haben, er verweigert nachzuweisen, daß er die Arbeit an
einen Dritten vergeben habe und daß der Kläger sich mit seinen
Forderungen an diesen halten müsse. Demgegenüber geht aber
aus der von dem Kläger vorgelegten Bescheinigung über die An-
gehörigkeit zur Krankenkasse hervor, daß Bredner den Kläger als
Mitglied zur Ortskrankenkasse der Maurer angemeldet und auch
die Invalidenmarken geliefert hat. Da die fragliche Bescheinigung
nicht von Herrn Bredner selbst, sondern von einem Bureau-An-
gestellten ausgestellt ist, so bestreitet er zunächst, daß sein An-
gestellter die Berechtigung habe, irgend welche Dokumente mit
seinem Namen zu versehen. Nach eingehender Beratung kommt
das Gericht dazu, den betreffenden Angeklagten als Zeugen zu
laden und den Termin zu verlegen. — Ebenfalls zwecks Ver-
nehmung eines Zeugen verlegt wird die Klage des Kleinfleischer
K. gegen den Unternehmer Kuhlmann. — Der Arbeiter St.
lagt gegen den Karussellbesitzer Henning. In Vertretung des
Besagten ist dessen Tochter erschienen, die sich recht schärfen-
de Mihe gibt, die Interessen des Geschäftsvaters zu vertreten. In be-
nahe mütterlichem Tone schildert das Kind, daß es seinen Vater
als „Karlchen“ das Bienen der „jungen Leute“. Resolut er-
klärt sie, daß der Kläger nur etwas im Guten — sonst aber gar
nichts bekomme! Wohl neigt sie dann zur Schlichtung, eines
Vergleiches, spricht aber ihre erste Versicherung darüber aus,
daß die Firma damit als Verurteilte in die schwarze Liste
komme. Nach einigem Zureden versteht sie sich dazu, im Ver-
gleichsweise 8 Mk. zu zahlen; 12 Mk. waren verlangt worden. —
Zu einem Vergleich kommt es auch zwischen dem Maler B. und
dem Malermeister Brünning. Der Kläger forderte die Zahlung
des Lohnes für 14 Tage, war aber nicht in der Lage, die Forde-
rung rechtlich begründen zu können.

* **Deimold, 22. Juni. „Volkswacht“-Agitation.**
Am Donnerstag, Freitag und Sonnabend, findet laut Beschluß
der letzten Ortsvereinsversammlung die „Volkswacht“-Agitation
statt. Wir richten nochmals das Ersuchen an die Straßen-Ver-
trauensleute, welche die Agitation übernommen haben, für eine
rege Ausbreitung Sorge zu tragen. Den Gegnern zum Trub
und uns zu Ruh.

* **Minden, 22. Juni. 4-Millionen-Anleihe.** Wie
die „Minden Zeitung“ erfährt, hat die Stadt Minden eine Anleihe
von 4 Millionen, verzinslich mit 4 Prozent und 10 Jahre un-
rückbar, an ein Konfitorium bestehend aus der Deutschen Bank,
Deutschen Nationalbank (Kommanditgesellschaft auf Aktien),
Hannoverschen Bank, Osnabrücker Bank und Hildesheimer Bank
begeben.

* **Lübbecke, 21. Juni.** Der Gewerkschaftsausflug
am Sonntag nach Raben verlief sehr interessant. Trotz der
Beteiligung einzelner Gewerkschaften gering war, wurde die
Tour bei herrlichem Wetter von den Beteiligten freudig voll-
endet. Von den Tabakarbeitern der Fabrik W. B. waren nur
2 Kollegen und die Schneider waren gar nicht vertreten. Es
scheint vielen zur Gewohnheit geworden zu sein, sich um Be-
schlüsse für das große Ganze nicht zu kümmern. Bei vielen
Kollegen herrscht der Gedanke vor, sich nicht bei Besatzungen
zu beteiligen, die von Arbeitern arrangiert sind, sehen zu lassen, un-
nicht in den Verdacht zu kommen, einer Gewerkschaft anzuge-
hören. Es ist aber notwendig, daß sich alle Kollegen ihrer
Pflicht bewußt werden.

* **Münster, 21. Juni.** Der Bischof von Münster
und die katholischen Studentenkorporationen. Der
Münsterischen Zeitung vom Montag wird von hier folgendes
geschrieben: „Morgen (Montag) abend wird die Bürger-
schaft Münsters dem Jubilarbischof Dr. Hermann Dingeldei einen
Festzug bringen. Auch die katholischen Studentenkorporationen
sind vom Festkomitee zur Teilnahme an dieser Ovation ein-
geladen worden, aber in einer Versammlung ihrer Vertreter, die
vor etwa drei Wochen stattfand, wurde einstimmig beschloffen,
die Einladung abzulehnen und sich an den Chören
gegen die geistlichen Oberherren nicht zu be-
teiligen. Begründet wurde diese Ablehnung mit dem Hin-
weis auf das geringe Interesse, das der Bischof bisher der
Universität und der Studentenschaft gegenüber an den Tag ge-
legt habe, und auf verschiedene Maßnahmen der Kurie, die sich
gegen die katholischen Korporationen richteten und den theo-
logiestudierenden den Eintritt in diese Vereinigungen erschwerten
oder gar unmöglich machten. Dieser Beschluß erregte hier
in Münster einen großen Aufbruch und eine große Erregung und
Festsetzung, und man verfuhr, die Alten Herren der Ver-
einigungen und Vereine aufzufahren, damit sie die „Pflichtver-
gesenen“ auf den rechten Weg zurückführten. In einer Sitzung
der Vertreter des Unionsverbandes sprachen Prälat Dr. Hüls-
kamp und Prof. Dr. Mausbach der katholischen Studentenschaft
ihre Mißbilligung aus, mahnten sie an ihre „Pflichten“ und
drohten mit dem Austritt vieler ihrer Herren, wenn die katho-
lichen Korporationen ihren Beschluß nicht rückgängig machten.
Aber ihre Bemühungen waren vergebens, der Widerstand war
nicht zu brechen. Wer die Stimmung in den katholischen Kor-
porationen kennt, wird sich nicht darüber wundern. Die Er-
gebnisse der letzten Jahre, der Fall Commer-Schell, die Vorgänge
bei der Anbahnung des Münsterer Festes in Telgte, bei der
die katholischen Verbände und Vereine der bischöflichen
Kurie zum ersten Male die Gefolgschaft verweigerten, die Maß-
regelung des Theologieprofessors Rens, der hier sehr beliebt
war, die Kapuzinanten auf der Dominsel gegen die Inder-
bewegung, die Scherereien des Westfälischen Merkurs — das
alles ist an den katholischen Korporationen nicht eindrucksvoll
vorübergegangen. Wenn der Bischof Hermann morgen abend
vom Fenster seines Palais die Volksmassen überblickt, die ihm
beglückwünschen ihre Guldigungen darbringen, so wird sein Auge
die akademische Jugend vergeblich suchen, die
Westfälische Wilhelms-Universität, die jetzt fast ausschließlich
Studierende zählt, wird nicht vertreten sein. Diese
Tatsache redet eine deutliche Sprache.“ — An dem festen Aus-
treten der Studentenschaft erkennt man, daß der Modernismus,
wenn auch in abgeklärter Form, immer weitere Kreise zieht.

* **Samen, 22. Juni.** Ein neuer Radbod-Prozess.
Wie der „Dortmunder Zeitung“ gemeldet wird, ist gegen den
Betriebsführer Berg von der Jecher Radbod ein Strafverfahren
eingeleitet worden. Dem Betriebsführer wird die Hauptsache
an dem Grabenunglück zugerechnet. Am 24. Juni finden die
ersten Zeugenvorvernehmungen in der Voruntersuchung statt.

* **Merlohn, 22. Juni.** Ein Lustmord wurde hier im
Hause des Metallhändlers Wirtzenbach in der vergangenen
Nacht verübt. Ein 16jähriger Mädchen wurde durch den
22jährigen Drahtzieher Oberst aus Merlohn, der sich ein-
gekleidet hatte, ermordet. Die Leiche wurde glücklich verstim-
melt aufgefunden. Oberst selbst versuchte sich zu erschießen. Das
ermordete Mädchen war als durchaus sittsam und fleißig be-
kannt, sie hatte die Liebesanträge des Oberst mehrfach abge-
wiesen. Wie die Behörde mit Sicherheit festgestellt hat, be-
absichtigte Oberst noch zwei andere Mädchen, die ihn gleichfalls
zurückgewiesen hatten, zu ermorden. Oberst, der ebenfalls als
ein solcher und ordentlicher Mensch dargestellt wird, zeigte schon
seit einiger Zeit ein verärgertes Wesen. Die Verlegung, die er
sich durch einen Sturz in den Winterloft beibrachte, ist nicht
sehr schwer, die Ärzte glauben ihn am Leben erhalten zu
können.

Vermischtes.

Kiel, 23. Juni. Die hiesige Straßammer beurteilte den
Hochstapler Joppe aus Breslau, der in den Jahren 1907 und
1908 in fast allen großen Städten Deutschlands viele Hotel- und
Miettschwindereien verübte, zu 8 Jahren Zuchthaus, 6000 Mark
Geldstrafe und 10 Jahren Ehrverlust.

Der Messerstecher von Berlin in Liverpool. London,
21. Juni. Der Berliner Messerstecher soll in Liverpool ver-
haftet worden sein. Die dortige Bevölkerung ist in den letzten
Tagen durch Attentate auf Frauen, die sich auffallenderweise sehr
den Berliner Fällen ähneln, in große Aufregung versetzt worden.
Sonnabend früh nun ist der Täter in flagranti erfaßt worden,
als er die siebente Frau attackieren wollte. Er gab an, Harry
Rudolf Voigt zu heißen.

Erhängen. Küstrin, 22. Juni. Im benachbarten Alt-
Dreiwitz versuchte ein unbekannter Mann einen Militärpulver-
schuppen in die Luft zu sprengen. Der Mann wurde, da er auf
den dreimaligen Anruf des Wächters nicht achtete, erschossen. In
seiner Tasche fand man eine Fälschung und einen Revolver.

Eine Sittlichkeitsaffäre. Saarbrücken, 22. Juni. Die
Sittlichkeitsaffäre hat nach den jetzt vorliegenden Meldungen
nicht so weite Kreise gezogen, wie man anfangs befürchtete. Es
sind ein Feldwebel, ein Sergeant und zwei Unteroffiziere ver-
urteilt worden. Vier Mädchen sollen in die Angelegenheit ver-
wickelt sein.

Selbstmord eines Offiziers. Frankfurt a. M., 22. Juni.
Oberleutnant Stoll von der 6. Kompanie des Infanterie-
regiments 118 in Horn wurde gestern tot in seiner Wohnung
angefunden. Er hatte sich eine Kugel ins Herz geschossen.

Ein Priester wegen Sittlichkeitsvergehen verhaftet. Reg.,
22. Juni. Die Kriminalpolizei verhaftete gestern abend einen
französischen katholischen Priester wegen Sittlichkeitsvergehen.
Er hatte, nachdem er mehrere junge Mädchen erfolglos ange-
sprochen hatte, mit einem sechzehnjährigen Mädchen eine
Drockschiffahrt unternommen. Während dieser Fahrt verübte
der Priester unzüchtige Attentate auf das Mädchen, das voller
Schrecken aus dem Wagen sprang. Die Polizei verhaftete den
Priester. Er gab an, Albert Zimmermann zu heißen und in der
Düsseldorfer Ranche beheimatet zu sein. Die Polizei glaubt, daß der
Priester seinen wahren Namen verheimlicht.

Schlagende Wetter. Budapest, 22. Juni. In der
Kohlengrube bei Vulkan im Hunyader Komitat ereignete sich
gestern abend 7 Uhr eine gewaltige Explosion schlagender Wetter.
Von den in der Grube befindlichen Bergleuten wurden 7 ge-
tötet und 8 verletzt. Die übrigen Bergleute, etwa 20 an Zahl,
konnten sich retten. Eine Untersuchung ist eingeleitet. Es ver-
mehrt, daß die Katastrophe durch den Leichtsinn eines Berg-
manns verursacht wurde, der, trotzdem Gasgefahr angedeutet war,
seine Lampe öfnete.

Feuersbrunst. Zürich, 22. Juni. In der letzten Nacht
geriet in der Jagen. Hof in der Gemeinde Wattwil, von wo aus
die Rudentunnelarbeiten betrieben werden, ein von vielen
Italienern bewohntes Haus mit angebauter Scheune in Brand.
Der Ausbruch des Feuers wurde sehr spät entdeckt, und es kam
zu einer furchtbaren Katastrophe. Nur wenigen Italienern
gelang es, sich zu retten. Sechs verunglückten bei der Flucht und
mussten schwer verletzt ins Krankenhaus Wattwil gebracht wer-
den. Heute morgen wurden zehn Leichen aus den Trümmern
gehoben. Die Brandursache ist nicht bekannt.

Homosexuelle. Paris, 22. Juni. Auf Grund einer An-
klage drang während der letzten Nacht die Polizei in eine An-
zahl von Wirtschaften in Montmartre ein, wo sich junge Leute
verammelten, welche als homosexuell bekannt sind. Die In-
haber der betreffenden Wirtschaften sind wegen Sittlichkeits-
verbrechen verhaftet worden, desgleichen 14 junge Leute.

Nächtliche Jagd auf einen Mönch. Ein nächtliches Abenteuer
spielte sich nach einer Meldung aus Rom im Franziskanerkloster
von Tracoli auf dem Kapitol ab. Dort wurde ein junger
Mönch plötzlich geisteskrank und schwang sich durch das Fenster
aufs Klosterdach. Ein beherzter Bruder eilte ihm nach, und
nur ging eine tolle Jagd über die Dächer los bis zur nahen
hiesigen Polizeistation. Wie ein Chibbörndchen schwang sich
der Wahnsinnige in das offene Fenster eines Schlafzimmers,
und ihm nach der verfolgende Mönch. Durch den Lärm erwachte ein
Brieger, und in der Meinung, die beiden Eindringlinge seien
Diebe, griff er zum Revolver. Aber schon waren die beiden
Mönche in dem anstehenden Gemach verschwunden, wo ein
Sergeant den Schlaf des Gerechten schloß. Auch dieser Kriegs-
mann griff erschreckt zum Revolver und wollte jechen. Schließ-
lich waren sämtliche Polizisten im Nachhinein und mit einem
Revolver aus den Betten gesprungen. Die beiden Mönche wäre
es schlecht ergangen, wäre nicht mittlerweile der Prior des
Klosters herbeigeeilt. Der nächtliche Weich fand seine Auf-
klärung, und der Geisteskranke wurde ins Irrenhaus gebracht.

Katastrophe in den Lüften. Petersburg, 19. Juni. Der
erste freie Aufstieg, den der junge kaiserlich-russische Aeroklub
veranstaltete, ist durch eine schwere Katastrophe beendet worden.
Der Aufstieg erfolgte gestern nachmittags im Luftschiffpark in
dem alten dem Klub geschenkten Ballon „General Wonomowski“,
dem vor zwei Jahren bereits in der Ofise ein Unfall passierte.
Damals erkrankten vier Offiziere. Jetzt befanden sich in dem
Ballon der Ingenieur Balizin, der Sohn des früheren Chefs
des Generalstabs, mit seiner jungen Frau, Graf Rostomzew,
der Sekretär der Zarin, und der Kapitän Herrman, der Re-
dakteur der russischen Fachschrift für Luftschiffahrt. Kapitän
Herrman war der einzige unter den Insassen, der schon mehrere
Aufstiege mitgemacht hatte. Nachdem der Ballon eine Höhe von
1500 Metern erreicht hatte, begann er zum Entsetzen der In-
sassen plötzlich zu schwanzen und zu sinken. Von 900 Metern
Höhe ab fiel der Ballon rapid, obgleich die Luftschiffahrt alle
Vorfälle hinausschickte. Während des Sturzes des Ballons konnte
man bemerken, wie ein Insasse, offenbar um sich zu retten, am
Ballon in die Höhe froh. Der Ballon ging zehn Kilometer von
Petersburg nieder. Ingenieur Balizin wurde auf der Stelle
getötet. Er wurde zerstückelt, seine Frau hatte einen Arm-
bruch und einen mehrfachen Bruch des Schließelbeins erlitten.
Dem Kapitän Herrman wurden beide Füße an fünf Stellen
gebrochen. Nur Graf Rostomzew kam mit einigen leichten
Schrammen davon, da er sich in das Netz des Ballons gerettet
hatte. Er war emporgeklüftet, um den Fall abzuwenden.
Der Unfall ist nur auf das ungeschickte Umgehen der Insassen
mit der Schnur des Ventilablasses zurückzuführen. Der
Ballon verlor durch die unvorsichtige Berührung des Netzes bei
einer Landung zu benutzenden Seiles, das mit der Deffnung
des Ballons verbunden war, fast das ganze Gas, wodurch der
Sturz erfolgte.

Entflohene Verbannte. Kairo, 22. Juni. Als ein türki-
scher Regierungsdampfer mit den nach Arabien verbannten
Anhängern Abdul Hamids den Suezkanal passierte, sprangen 150
Verbannte ins Wasser. Einige erkrankten viele aber entliefen
auf ägyptischen Boden. Ihre Auslieferung wurde von der
ägyptischen Regierung abgelehnt.

Briefkasten der Redaktion.

S. V., Viefelsfeld. 1. Sie können so lange ausgehen wie Sie
wollen. Ein Entlassungsgrund ist spätes Nachhausekommen
nicht. 2. Es kommt darauf an, was Sie ausgemacht haben.
Haben Sie klipp und klar ausgemacht, daß Sie nur als Reizen-
der und im Kontor beschäftigt werden dürfen, brauchen Sie nicht
als Verkäufer tätig zu sein.

Briefkasten der Expedition.

Aktion, Filialexpeditanten! Die Filialexpeditanten, welche
die Zeitungen durch die Post überwiefern bekommen, werden
daran erinnert, daß sie bis zum 25. angeben müssen, wieviel
Zeitungen sie für Juli gebrauchen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sachs, für
den Inseratenteil: Wilhelm Wötter, beide in Viefelsfeld.

Dallie
Seifenpulver
das Allerbeste für Wäsche u. Hausputz

In der Buchhandlung Volkswacht
ist zu haben:
Der historische Materialismus
für Arbeiter erklärt von
Hermann Gorter.
Preis 50 Pfg. Porto 5 Pfg.

Das Tagesgespräch von Bielefeld bildet die Hagenbeck-Schau

Täglich abends 8 1/2 Uhr: Gr. Vorstellung.

Mittwoch, Sonnabend und Sonntag:

Gr. Nachmittags-Vorstellung um 4 Uhr.

Täglich vormittags von 10-12 1/2 Uhr:

Hochinteressante Proben, Besichtigung u. Fütterung.

Sonntags keine Probe, nur Besichtigung
von 11-12 1/2 Uhr gegen das bekannte Entree.

Billette im Vorverkauf für die Abend-Vorstellungen bis täglich abends 6 Uhr bei:
M. Niemeyer, Zahnplatz, Rud. Fiedler, Alter Markt und für alle Vorstellungen
an der Tageskasse.

Nur bis 28. Juni.

Fernruf 479.

Nur bis 28. Juni.

Sommertheater.

(Brinkhoffs Tonhalle.)

Heute, abends 8 1/2 Uhr:

Auf vielseitigen Wunsch nochmalige

Aufführung!

Novität! Zum 5. Male! Novität!

Staatsanwalt Alexander.

Donnerstag, 24. Juni (Johannisfest).

Anfang 8 1/2 Uhr:

— Zum 1. Male! —

Johannisfeuer.

Schauspiel in 4 Akten v. H. Sudermann.

Städt. Orchester.

Donnerstag, den 24. Juni,
abends 8 1/2 Uhr: [3394]

Großes

Garten-Konzert

im Hotel „Kaiserhof“.

Vorverkaufkarten haben hierzu Giltigkeit. An der Kasse 50 Pfennig.



Geben Sie einem

RIEGEL

vor

allen anderen Likören

den Vorzug!

BESTER

BITTER-LIKÖR

vor allen anderen

Original-Mischung: kräftig.

Tropen-Mischung: mildewig Alkohol

in besseren Geschäften u. Restaurants

zu haben.

CHEM. PHARM. LABORATORIUM

APOTHEKER

SCHLÜTER & CO. BIELEFELD

Soeben erschien:

Simplicissimus

Nr. 12.

Buchhandlung „Volkswacht“.

Kirmes! — Schildesche!

Möllers Restaurant.

Ball, Preis-Kegeln, Luft-

Ballon-Aufstieg.

Entree frei!

Entree frei!

S. Dreyer sen., Bielefeld,

— Amtlicher Spediteur der Königl. Preuss. Staatsbahn —

empfiehlt sich zur billigen und zuverlässigen Besorgung von

Speditionen, Möbel-Transporten, Rollfuhrten

und zur

Einlagerung von Möbeln u. Gütern aller Art.

Die bekannten Güter-Abholungskarten,

welche die Reichspost portofrei befördert,

sind bei der Königl. Güter-Abfertigung und bei

mir unentgeltlich zu haben.

Sanitätsrat Dr. med. Bilfinger

schreibt:

„Kalobion-Kaffee schmeckt gut und ist sehr empfehlenswert!“

Kalobion-Nährsalz-Kaffee

besten billigeren Ersatz für Bohnenkaffee

von wunderbarer blutreinigender und blutbildender Wirkung.

1 Pfd. 45 Pfg.

Man verlange nur: 3391*

Marke Kalobion.

Erhältlich in sämtlichen einschlägigen Geschäften.

Hochzeits-Einladungen

fertigt schnell und sauber an

Buchdruckerei „Volkswacht“.

Zigarren-Import- und Versand-Haus

Carl Schweppe.

Bahnhofstrasse 39 Hotel Vereinshaus

Bürgerweg 43 Ecke Gr. Kurlfürstenstr.

Grosses Lager in

Havanna-Zigarren

sowie in durchaus erstklassigen deutschen Fabrikaten.

Ferner empfehle die so beliebten Spezialmarken der Zigaretten-

Fabrik „Juwel“, Dresden

„Kleine Sachsen“ per Stück 2 und 3 Pfg.,

garantiert Handarbeit.

„Bazara“ per Stück 3 1/2 — 10 Pfg.,

nach Cairo-Art. 3095

Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Bahnhofstrasse 39 Fernspr. 469. Bürgerweg 43 Ecke Gr. Kurlfürstenstr.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltung Bielefeld.

Sonnabend, 26., und Sonntag, 27. Juni:

Feier des 18. Stiftungs-Festes

PROGRAMM:

Sonnabend, 26. Juni, abds. 8 Uhr pünktlich,
im Garten der „Centralhalle“:

Gr. Vokal- u. Instrumental-Konzert

unter Mitwirkung des gesamten Städt. Orchesters,
des Frl. Elly Temsfeld (Harfe) und der Arbeiter-Gesangs-
vereine „Frisch Auf“, „Sängervereinigung“ und
„Solidarität“.

Sonntag, den 27. Juni, nachmittags 3 Uhr,
auf dem grossen Spielplatz des Ochsenberges:

Grosses Waldfest,

bestehend in

Konzert, turner. Aufführungen und Belustigungen
aller Art für Erwachsene und Kinder.

Bei ungünstiger Witterung findet die Sonntags-Feier in den Lokalen
Freudenau, Heeperstrasse, Kaiser, „Centralhalle“, Kleinert,
Detmolderstrasse, Lohmann, Schildescherstrasse, und Schröder,
Brackwede, mit anschliessendem Ball statt.

Eintrittspreise: Zum Konzert 20 Pfg., zum Waldfest ebenfalls 20 Pfg. pro Person.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein

Der Festausschuss.

Anmerkung! Zum Preise von 10 Pfg. ist bei den Vertrauensmännern und im
Verbandsbureau zu haben:
Der Blechschmied Publikationsorgan der Blechfabrikanten
und verwandter Berufsgenossen.

Bekanntmachung.

Der Strassenzug vom Neuen
Markte bis zur Brüderstrasse
wird am Donnerstag, 24. Juni,
von vormittags 11 bis nachm.
1 Uhr für Fuhrwerksverkehr
gesperrt.

Herford, 22. Juni 1909.

Die Polizei-Verwaltung.

Dr. Heß.



Fr. Werpel, Herford

Vortell. Bezugsquelle sämtl.

Musik-Instrumente

allen für

Verweise, Orchester, Schule u. Haus.

Eigene Reparaturwerkstatt.

Grabdenkmäler,

Grabeinfassungen, in allen

Preislagen, am billigsten bei

Wilhelm Ott,

Engerschestrasse 1 2709

und Herforderstrassen-Ecke.

Codesanzeige.

Am Sonntag morgen entließ nach schweren Leiden mein
lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Großvater,
Schwager und Onkel, der Dreher

3397*

Karl Fischer

im Alter von 59 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten

die trauernden Hinterbliebenen.

Bielefeld, den 22. Juni 1909.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 4 Uhr,
von der Kapelle des Städtischen Krankenhauses aus statt. Vor-
feier daselbst um 3 1/2 Uhr.

Nachruf.

3393

Am Sonntag morgen starb nach kurzem, schweren Leiden
unser Mitarbeiter, der Dreher

Karl Fischer

im Alter von 59 Jahren.

— Wir werden sein Andenken in Ehren halten. —

Seine Mitarbeiter der Firma Heugstenberg & Co.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 4 Uhr,
vom städtischen Krankenhause aus statt.

Abonnementpreis
für Bielefeld und Umgegend,
wie bei sämtlichen Agenturen
ins Haus gebracht 60 Pfg. monatlich.
Durch die Post bezogen
1,80 Mk. vierteljährlich erhaltlich.
Bielefeld.
Eingelassener 16. Pfg.

Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonn- und
Feiertage täglich nachmittags

Bernspruch-Anschluß Nr. 353

Nr. 144.

Die heutige Nummer

schreibt uns unser Verline
des Gelegenheitsworts wegen
die heute erfolgen soll, n
eine Reihe von Abänder
rungsantrag zum 8. 9a v
vom Hundert betragen und
steuerpflichtigen Erwerbs
steigt.

Der Steigerung soll fo
über 30 000 W
50 000
75 000
100 000
150 000
200 000
300 000
400 000
500 000
600 000
700 000
800 000
900 000
1 000 000
1 100 000

und sofort, so daß bei je 1

ein Hundert vom Hundert

vom Hundert.

Ein anderer Antrag v

heute geltenden Erbschaft

von der Erbschaftsteuer k

sich im Plenum die Pol

Bei der Beratung des G

haben sie einem gleichem

stimmt, und ihr Vortr

volle Rede gegen das Str

Das hinderte die polnisch

in der Kommission

kräftigen Antrag zu st

beizubehalten, vollst

dem Volke gegenüber ver

Sie beweist jedenfalls, daß

aus der schwarz-blauen

vitalsten Grundlage einer

Wollen sich sonst gern gerie

Das Schicksal des Erbi

bestimmt. Da von den K

tieren, Reichspartei und

den Liberalen geschlossen

den, dürfte auf ihre Anna

sein, unter der Vorausse

dafür stimmen wird. D

bung weder über die Er

reform im allgemeinen

daher bis zur dritten Lesu

Woche erfolgen dürfte, un

*

Eine offiziöse Ausl

Unter der Ueberschrift

„Beitrag“ aus Berlin:

„Bei der konservativ-ul

eine episcopische Rolle und

Freude des Zentrums zu

Blas machen werde, der el

rat sich dem neuen Blo

dieser vom Zentrum mit

Synthese stehen heute die

unverständlich wäre, wenn

schließlich durchbringen

lischen zu können. Diese

sein. Wenn der Bundesr

könnte es nicht, denn wie

wenn heute Wilow durch

Bundesrat wäre nach wie

festgelegt. Vor allem ab

nicht nur durch den Reid

deren Regierungsvertreter

programm des schwarzen

kämpft hat. Wenn die

Leitung sich nicht noch eine

Regierung folgende Lage

sie die Gesetzgebung des

dann vor die Wahl ge

nächsten Herbst vertagen

aufnehmen will, oder ob

Bedenken zur Auflösung

wäre sicherlich eine sehr

durch sie dem Reiche die

Millionen durch Anleihen

schwere Kampf, in dem

müßte von neuem aufgen

wäre die Auflösung des

wendet, daß eine Wahl

ern schwer möglich sei u

daß die bei den letzten

demokratie wieder in gro

halten würde. Auch auf

nicht unterschätzt werde

daß, wenn heute

kennbarer. Aussicht

pagne eintreten würd

schon herrschende Erbitel

was wir allerdings für

literalen Gesetzgebung

verheerenden Wirkungen

die Sozialdemokratie ein

besser nicht wünschen lö

ganz merkwürdiges erleb

lösung sprechen, stehen a

fürworten.“

In diesem Artikel i